

Michael Vester

**Der Kampf um soziale Gerechtigkeit:
Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung**

Zweiter Teil des Essays

„Der gesellschaftliche Strukturwandel und der Kampf um soziale Gerechtigkeit
in der Bundesrepublik Deutschland“¹

Das Potential, das der Rechtspopulismus aus der Bevölkerung für Wahlen (und Aktionen) mobilisieren kann, ist nicht neu. Zu klären ist aber, warum dieses Potential bei den Wahlen von 2014 bis 2016 unerwartet in bis zu zweistelliger Prozenzhöhe von der AfD mobilisiert werden konnte und warum Anfang 2017 bei den Meinungsumfragen eine ebenso unerwartete und hohe Gegenmobilisierung durch die Kanzlerkandidatur des Sozialdemokraten Martin Schulz möglich war. Aus welchen Gruppen der Bevölkerung kamen diese Potentiale des Rechtspopulismus und der Sozialdemokratie? Und warum konnten sie jetzt so erfolgreich mobilisiert werden? Auf welche Dynamiken im politischen Feld gehen diese überraschend hohen Mobilisierungen, Demobilisierungen und Wiedermobilisierungen von Potentialen in der Bevölkerung zurück?

In der alten Bundesrepublik schienen diese Dynamiken, mit wenigen Unterbrechungen, zu wirken wie der sprichwörtliche ‚langsame ruhiger Fluss‘, in dem es nur kleine graduelle Verschiebungen des Wasserstands gibt. Wenn diese Pegelstände sich nun plötzlich zweistellig verschieben, herrscht Überraschung über diese Abweichung von der ‚Normalität‘. Was hatte sich dort, wo der Fluss herkommt, aufgestaut und warum haben die Vorkehrungen, die dieses regulieren sollten, versagt?

Dass sich politisch-soziale Spannungen aufgebaut und dann sprunghaft entladen haben, war allerdings in der Geschichte der Bundesrepublik nicht neu. In Abständen drohten scheinbar aus dem Nichts immer wieder rechtsextreme Parteien kurzfristig über die Zehnprozentmarke zu springen. Auffällig sind besonders die Entwicklungen seit den 1980er Jahren.

Zu Beginn der 1980er Jahre hatte nach Meinungsumfragen die „Verdrossenheit“ über die etablierten Parteien noch unter 20% gelegen. Bis 1990 erreichte sie ein Niveau von 60%. danach auch mehr. Die Klientele der Volksparteien der Mitte teilten sich nach und nach auf mehrere Parteien auf. Vor allem SPD-Klientele gingen zu den *Grünen* und zur späteren Linkspartei, die 1983 bzw. 1998 erstmals in den Bundestag einzogen und sich allmählich bei mehr oder minder 10% konsolidierten. Doch sie konnten bei weitem nicht alle Unzufriedenen gewinnen. CDU/CSU und SPD verloren auch an die Rechtspopulisten, die 1989 ins Europaparlament und später zeitweilig in Länderparlamente gelangten (in Berlin 1992, in Baden-Württemberg 1992 und 1996 und in Hamburg 2001). Die Unzufriedenheit suchte sich aber auch ein anderes, weit größeres Ventil, das Nichtwählen. Die „Partei der Nichtwähler“ verdreifachte ihre Stimmenzahl

¹ Die Veröffentlichung des gesamten Essays in Buchform wird gegenwärtig vorbereitet. Der hier wiedergegebene Teil ist im Februar 2017 abgeschlossen worden. Entstanden ist er in Zusammenarbeit mit Daniel Gardemin, Heiko Geiling und Horst Kahrs und in Diskussion mit Dieter Scholz, Oliver Decker, Sigrid Skarpelis-Sperk, Karl-Heinz Heinemann, Andrea Lange-Vester und vielen anderen. Die Darstellung der sieben ideologischen Lager in der BRD (Kapitel 4-7) ist eine Weiterentwicklung der ursprünglich von Dagmar Müller erarbeiteten Beschreibung der gesellschaftspolitischen Grundeinstellungen aufgrund einer repräsentativen Befragung (in: M. Vester/P. v. Oertzen/H. Geiling/Th. Hermann/D. Müller: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Berlin: Suhrkamp 2015 [2001/1993], S. 444-472). Die Faktorenanalysen hat Thomas Hermann erarbeitet. – Der Verfasser ist Prof. em. für Politische Wissenschaft an der Leibniz-Universität Hannover. Mail: m.vester@ipw.uni-hannover.de.

nach 1983 auf fast 30%.² Für die SPD kam es unter der rot-grünen Koalition (1998-2005) erstmals, in den Bundesländern, zu zweistelligen Stimmenverlusten und danach auch im Bund zum Absturz, auf wenig mehr als 20%.

Die massenhafte Abwendung der Wählerinnen und Wähler wurde nach jeder Wahl Niederlage konsequenzlos verdrängt. Auf eine kurze Schockstarre folgte immer wieder das Durchstarten in die nächste Koalitionsbildung und ins „Weiter so“. Dies begann sich erst zu ändern, als es der AfD seit 2014 in bestimmten Bundesländern gelang, große Teile der Unzufriedenen für ihren kometenhaften Aufstieg zu mobilisieren. Endlich begann eine öffentliche Ursachenforschung. Aber sie griff zu kurz. Sie hatte nicht die historischen Ursachen (die mindestens bis in die 1980er Jahre zurückreichen), sondern nur den aktuellen Auslöser (die Flüchtlingswelle) im Blick. Alarmierte Intellektuelle befürchteten einen Rückfall in die Barbarei des Nationalsozialismus und sahen ihren alten Verdacht bestätigt, dass es dem Volk an Aufklärung mangle und dass die Lösung des Problems in der Aufklärung über das wahre Gesicht des Rechtsextremismus liege. Auch diese Sicht greift zu kurz.

1. Das Problem der Umstellung: Die Herausforderung eines sozialhistorischen und eines sozialpolitischen Bruchs

Dass sich große Gruppen der Bevölkerung von den Volksparteien nicht mehr angemessen vertreten fühlen, wurde von uns schon lange als „Krise der politischen Repräsentation“ analysiert (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2015 [1993]: 116-118). Wir führten sie auf das Zusammentreffen von zwei Erfahrungen zurück: auf die Erfahrung eines *sozialhistorischen Bruchs* und auf die Erfahrung eines *gesellschaftspolitischen Bruchs*.

Im Alltagsleben stellte seit dem Ausgang der 1970er Jahre ein neuer gesellschaftlicher Strukturwandel die Berufswege, Lebensmodelle und Sicherheiten in Frage, die in der Periode des „Wirtschaftswunders“ maßgeblich gewordenen waren. Große Gruppen der Bevölkerung waren zu erheblichen *Umstellungen* auf neue Bedingungen herausgefordert. Diese Erfahrung war nicht neu. Seit den legendären Nachkriegsjahrzehnten hatte sich die BRD durch tiefgreifende soziale Strukturverschiebungen verändert, die in Teil I dieses Essays (aus dem die Abbildungen 1 und 2 entnommen sind) beschrieben sind.

Nicht nur mussten sich viele Millionen Menschen auf neue Berufswege und damit auch Bildungswege umstellen. In der BRD mussten auch drei Einwanderungswellen bewältigt werden, bis 1950 die acht Millionen Flüchtlinge aus dem Osten, bis 1961 2,7 Millionen Flüchtlinge aus der DDR und bis 1974 etwa 3,5 Millionen neue ausländische Arbeitnehmer (Geißler 2014: 28).

Gerade in diesen Aufbaujahren hatten sich die Menschen in den meisten Milieus nicht als bloße „Opfer“ dieser Umwälzungen verstanden, sondern die Herausforderungen des Wandels selbstbewusst mit aktiven Strategien der Umstellung auf neue Berufswege, Bildungswege und Lebensweisen bewältigt. Diese Fähigkeit zur Selbsthilfe war aller-

² Bei Bundestagswahlen stieg die ‚Partei der Nichtwähler‘ von 10,1% (1983) auf 15,7% (1987) und 22,2% (1990), pendelte dann um 20%, um schließlich auf fast 30% anzusteigen (2009 29,2% und 2013 28,5%). Bei Landtags- und Kommunalwahlen hat seit den 1980er Jahren das Nichtwählen noch weit erheblicher zugenommen.

dings sozialpolitisch ergänzt worden durch die Flankierung der verbliebenen Risiken und die Eröffnung neuer Chancen. Von den 1950er bis zu den 1970er Jahren waren die *Risiken* der großen Umstrukturierungen noch durch eine staatliche Sozialpolitik und gewerkschaftliche Tarifpolitik *flankiert* worden, lange begünstigt vom hohen Export- und Wirtschaftswachstum. In der BRD hatte sich ein Modell des Wohlfahrtsstaates entwickelt, das auf einem Pakt auf Gegenseitigkeit nach dem Prinzip „Leistung gegen Teilhabe“ beruhte. Hohe Eigenleistung wurde honoriert durch hohe Teilhabe an der Absicherung von Risiken und der Öffnung von Chancen.

| 1. Vertikale Statusverschiebungen: Erwerbstätige in Deutschland nach der Stellung im Beruf (in Prozent) | Deutsches Reich 1882 | BRD 1950 | BRD 1970 | BRD 1990 | DDR 1990 | BRD 2000 | BRD 2011 |
|---|-------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|-------------|-------------|
| a. Selbstständige | 26 | 15 | 11 | 9 | 4,6 | 10 | 11 |
| b. Mithelfende Familienangehörige | 10 | 15 | 7 | 2 | (i. Selbst. enthalten) | 1 | 0,6 |
| c. Angestellte und Beamte | 7 | 21 | 35 | 52 | (i. Arbeit. enthalten) | 57 | 63 |
| d. Arbeiter(innen) | 57 | 51 | 47 | 37 | 95,3 | 32 | 26 |

Daten nach: Geißler 2014: 190; DDR: Rudzio 2015: 539.

| 2. Horizontale Sektorverschiebungen: Erwerbstätige in Deutschland nach Sektoren (in Prozent) | West (Ost) 1950 | West (Ost) 1960 | West (Ost) 1970 | West (Ost) 1989 | West (Ost) 1991 | West (Ost) 2000 | West (Ost) 2012 |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| a. Primärer Sektor: Land- und Forstwirtschaft | 25 (31) | 13 (17) | 9 (13) | 3,7 (11) | 2,6 (5) | 1,8 (2,6) | 1,5 (2,,2) |
| b. Sekundärer Sektor: Produzierendes Gewerbe | 43 (42) | 48 (49) | 48 (51) | 41 (50) | 35 (39) | 29 (29) | 25 (26) |
| c. Tertiärer Sektor; Dienstleistungen | 33 (27) | 39 (34) | 43 (36) | 55 (40) | 62 (56) | 70 (68) | 74 (72) |

Daten nach: Geißler 2014: 187.

Diesen Pakt auf Gegenseitigkeit sahen seit den 1980er Jahren viele gefährdet. Nicht alle sozialen Gruppen konnten den erneuten Strukturwandel gut oder gleich gut oder überhaupt erfolgreich bewältigen. Die Erwartung, dass die etablierten Volksparteien diesen Wandel so wie früher sozialpolitisch flankieren würden, wurde zunehmend enttäuscht. Zum sozialhistorischen Bruch kam schrittweise ein *sozialpolitischer Bruch*.

Seit dem Ausgang der 1970er Jahre war in der BRD die Zeit der zunehmenden Aufstiegsmobilität vom Arbeiter oder Landwirt zum Angestellten usw. für viele vorbei. Die Beschäftigung in der Industriearbeit, die bis 1970 bei fast 50% gelegen hatte, sank nachhaltig und halbierte sich bis 2010. Das Gewicht der Industrie verlagerte sich von den altindustriellen Regionen der Werften und Schwerindustrie zu den süddeutschen Regionen, die die Entwicklung durch eine innovative „neindustrielle“ Dynamik bewältigten, die sich auf die neue technologische Revolution stützte (wenn auch nicht ohne Umstellungsschwierigkeiten für die Menschen). Unter den Gewinnern waren vor allem Jüngere, die sich auf die zunehmende Dienstleistungsarbeit und die steigenden Berufs- und Bildungsqualifikationen umstellen konnten. Für viele andere endete das Wirtschaftswunder in struktureller Massenarbeitslosigkeit und in desorientierenden politischen Niederlagen von Gewerkschaften und SPD, exemplarisch markiert von den verlorenen Kämpfen um den legendären Industriestandort Rheinhausen und um die Arbeitszeitverkürzung.

Insgesamt teilten sich die sozialen Gruppen tendenziell in Verlierer in den altindustriellen Sektoren, in Bewältiger in den neindustriellen Sektoren und in Gewinner im tertiären Sektor der Human- und Verwaltungsdienstleistungen. Diesen Unterschieden entsprachen tiefgehende Strukturverschiebungen im Erwerbssystem, in den Lebensweisen der Milieus und (von den neuen sozialen Protestbewegungen begleitet) im politischen Kräftefeld. Diese verschiedenen Ebenen des Strukturwandels wurde in unserem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt exemplarisch untersucht am Wandel der Stadt-Umland-Regionen Oberhausen („altindustriell“), Reutlingen („neindustriell“) und Hannover („tertiär“).³

Parallel zu diesem Strukturwandel begann ein Abbau des sichernden Sozialstaats, mit dem die beiden Volksparteien so lange identifiziert worden waren (vgl. Kahrs 2013 und Teil I dieses Essays). Die 1980er Jahre bildeten eine Übergangsphase zur Liberalisierungspolitik, mit einem noch vergleichsweise zaghaften Abbau sozialstaatlicher Flankierungen vor dem Hintergrund wachsender struktureller Arbeitslosigkeit. In den 1990er Jahren kam die erste Liberalisierungsphase mit einem noch zurückhaltenden, weil durch Widerstände gebremsten Umbau mit Blick auf die deutsche Vereinigung und die globale Öffnung. In diese Phase fiel die Verunsicherung durch die große Welle der Zuwanderung vor allem von Auslandsdeutschen. Um 2000 begann die zweite Liberalisierungsphase mit einer offensiven Umgestaltung, Vermarktlichung und Unterordnung mit Blick auf Stärkung der ohnehin enormen Exportüberschüsse. Seit Beginn der globalen Wachstumskrise um 2008/09, in der die BRD aufgrund der Exportüberschüsse auf der Gewinnerseite ist, hat die Intensität der Tarifkonflikte, nicht zuletzt auch im Dienstleistungssektor, zugenommen. So ist immer strittiger geworden, ob und wie weit dieser Kurs noch fortgesetzt werden kann.

Diese unentschiedene politische Situation haben die Rechtspopulisten für ihre Mobilisierungserfolge nutzen können. Doch die Potentiale, die die AfD mobilisieren konnte sind in vielen Teilen durchaus keine schlummernden Potentiale des Rechtsextremismus. Seit 2014 sammelte die AfD aus verschiedenen Lagern bzw. Milieus. Die aktuellen Entwicklungen um Martin Schulz zeigen, dass die AfD als Sammlungsbewegung an ihr Ende gekommen und auf ihr eigentliches Potential, das rechtsextreme, zurückgeworfen sein könnte.

. Woher kamen dann die anderen Potentiale des Rechtspopulismus? Sie hingen offensichtlich mit der Wiederkehr der sozialen Frage zusammen. Diese ist auch deswegen wieder aktuell geworden, weil die Menschen in ihren Milieus historische Erinnerungen an frühere existenzielle Unsicherheiten vor dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates gespeichert haben, Erinnerungen an die traumatischen Ereignisse von Krieg, Verfolgung und Flucht und an die große Inflation und die Massenarbeitslosigkeit vor dieser Zeit, die die Lebenspläne der Menschen schlagartig entwertet hatten. Für viele, aber durchaus nicht für alle sozialen Gruppen ist eine Destabilisierung wiedergekehrt, wie sie in den Szenarien der „Wiederkehr der Proletarität“ (Karl-Heinz Roth) und der „Prekarisierung“ beschrieben wird. Wie die Menschen den Strukturwandel erfahren und mit welchen Strategien der Umstellung sie ihn zu bewältigen suchen, ist nach Lage, Geschichte und gesellschaftspolitischen Orientierungen sehr verschieden.

³ M. Vester/P. von Oertzen/H. Geiling/Th. Hermann/D. Müller (2015 [1993]): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt / M.: Suhrkamp, S. 280-319.

2. Gesellschaftspolitische Lager: Akteursgruppen im Kampf um die gesellschaftliche und politische Ordnung

Dies zeigt die nachfolgende tiefergehende Darstellung des Mosaikbildes der großen „ideologischen Lager“ bzw. der verschiedenen Modelle der sozialen Ordnung, nach denen die Bevölkerung sich teilt, ihre Erfahrungen verarbeitet und ihre Umstellungen organisiert. Dabei wird das Feld der konkurrierenden Lager datengestützt als Konfliktfeld beschrieben, in dem sich Gewichte verschieben und Spannungen aufbauen und sich, wenn sie nicht beizeiten durch Verständigung reguliert werden, abrupt und scheinbar spontan einen Weg bahnen können.

Wie ist dann die Aufspaltung der parteipolitischen Mitte, die auch in anderen fortgeschrittenen Ländern stattgefunden hatte, zu erklären? Lange haben die Medien und die Politik Erklärungen bevorzugt, die von dem Modell eines individualisierten Wählermarktes ausgehen. Sie behaupten, dass die Gesellschaft in lauter unverbundene Individuen zerfallen sei, die jeweils nur ihren kurzfristigen Vorteil verfolgen und die Parteien wählen, die ihnen materiell am meisten versprechen oder bieten.

Diese Modelle, nach denen die Menschen nur als gedächtnis- und eigenschaftslose Automaten reflexhaft reagieren, können historische Veränderungen nicht erklären. Sie sind auch jetzt wieder gescheitert. Inzwischen diskutiert die Öffentlichkeit, dass es nicht egoistische Individuen, sondern ganze soziale Gruppen sind, die sich nachhaltig enttäuscht sehen. Dabei erweist sich auch die Vorstellung, dass es allein um das Problem der materiellen Verteilung zwischen oben und unten gehe, als zu einfach. Die Frage der materiellen Verteilung ist zentral, aber sie ist bei der Mehrheit der Menschen eingebettet in ein größeres Gesellschaftsbild und in Vorstellungen von einer gerechten sozialen Ordnung. Nur so ist auch zu erklären, warum sich die materiellen Unterschiede zwischen oben und unten nicht einfach in einen vertikalen Klassenkonflikt übersetzen. Teile der bürgerlichen Oberschichten wählen auch links (oder auch rechtspopulistisch), Teile der Arbeitnehmerschichten wählen auch konservativ (oder ebenfalls rechtspopulistisch). Dass Menschen, die in der gleichen vertikalen Klassenlage sind, doch verschieden wählen, ist offensichtlich auch eine moralische Frage oder, weil es um die gesellschaftliche und nicht die individuelle Moral geht, eine sozial-moralische Frage.

Wenn es um Gesellschaftsbilder und eine gerechte Gesellschaft geht, müssen Wahlverhalten und Klassenerfahrungen doch miteinander zusammenhängen und nicht, wie die Individualisierungsthese behauptet, vollständig voneinander „entkoppelt“ sein. Nur ist diese Verkoppelung komplexer.

Dass sich die vertikalen Klassenteilungen nicht unvermittelt in politische Fronten übersetzen, war schon immer eine Eigentümlichkeit des *politischen Machtfeldes*. Mario Rainer Lepsius, einer der besten Kenner der historischen Entwicklungen bis zur Bonner Republik, hat dies in seiner Untersuchung der historischen deutschen Parteilager beispielhaft dargestellt. Er erklärte diese nicht nach dem Marktmodell von Angebot und Nachfrage, sondern als komplexen historischen Beziehungszusammenhang zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten, als sogenannte „*sozialmoralische Milieus*“. Diese sind „sozio-kulturelle Gebilde“, die „durch eine *Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen* wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden.“ (Lepsius 1993 [1966]: 38, Hervorhebung hinzugefügt)

Die Analyse von Lepsius stellt, in anschaulicher Aufsatzform, die relative Eigengesetzlichkeit und Vieldimensionalität des politischen Machtfeldes dar. Lepsius erinnert an die Geschichte der liberalen und konservativen, protestantischen und katholisch-sozialen, sozialistischen und konservativen Lager. Die Pointe seiner Darstellung ist, dass die Lager und ihre Abgrenzungen durch *Kampf* entstanden sind (und nicht durch das friedfertige Spiel von Angebot und Nachfrage). Lepsius zeichnet nach, wie diese Lager als gegnerische Kampfallianzen in teilweise schon Jahrhunderte zurückliegenden *historischen Großkonflikten* nach und nach entstanden sind – in der Städterevolution, der Reformation, der industriellen Revolution, der 1848er Revolution und der Bismarckzeit. Einmal entstanden, haben sie sich *dauerhaft verfestigt*: in den Gewohnheiten, in sozialen Institutionen, in den regionalen politischen Kulturen, in den oligarchischen Führungsstrukturen, in den Publikationen und in den Ideologien.

Lepsius nennt aber auch ein Beispiel dafür, wie sich Lager durch neue Großkonflikte und Trennlinien („cleavages“) umbilden oder neu bilden können. Es ist das nationalsozialistische Lager, das in der Weimarer Republik bis 1932 die Klientele der bürgerlich-konservativen Parteien aufgesogen hat. Noch nicht berücksichtigen konnte Lepsius in seinem grundlegenden Aufsatz von 1966 die wichtigste Neubildung in der alten Bundesrepublik, die Entstehung des neuen Lagers, das mit den *Großkonflikten um 1968* und der Entstehung der Partei der *Grünen* identifiziert wird und weit in die Flügel der anderen Parteien hineinwirkt.

Die relative Autonomie des Politischen ist keine Neuentdeckung.⁴ Doch erst Bourdieu hat die Koinzidenz der verschiedenen Strukturdimensionen auch theoretisch systematischer strukturiert und mit der Analyse sozialer Klassen verbunden, insbesondere in dem großen Kapitel „Politik und Bildung“ (Bourdieu 1982 [1979]: 620–726). (Vor diesem wie vor den Analysen von Lepsius erscheint Habermas' ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit‘, der die Kampf- und Herrschaftsdimension auslässt, wie eine Idealisierung, vgl. Habermas 1962.) Bourdieu beschreibt am französischen Beispiel, wie in der Politik eigene Regeln des Machtkampfes, der Organisation und des Diskurses gelten, die oligarchischen Führungsgruppen aus den oberen Schichten privilegierte Einflußchancen geben. Dies erklärt, warum die Lager meist Koalitionen sind, in denen Teilgruppen der Volksmilieus mit bestimmten Fraktionen der oberen Milieus zusammengehen und miteinander ein Patron-Klient-Verhältnis bilden.

Die Ideologien, die dabei ausgebildet und verfestigt werden, funktionieren als „Integrationsideologien“, die die verschiedenartigen Teilgruppen der Lager durch ein gemeinsames Gesellschaftsbild zusammenhalten sollen. An diese *Ideologien der Alltagsmilieus* müssen die Parteien anknüpfen, wenn sie ihre Anhänger und Anhängerinnen erfolgreich mobilisieren und repräsentieren wollen. Dabei muss letztlich jede Partei mehrere soziale Gruppen und deren jeweilige Sicht auf die Gesellschaft unter einen Hut bringen. Wegen der Heterogenität der Mitgliedschaft und der Wählergruppen gelingt dies nicht immer. Daher bestehen die Parteien in der Regel aus mehreren Flügeln und deren Führungspersonen, die die verschiedenen Richtungen interessenpolitisch vertreten und auch buchstäblich verkörpern. Insbesondere die Volksparteien können nur als „Flügelparteien“ erfolgreich sein. Dabei geht es nicht nur um die ideelle Integration. Um glaubwürdig zu sein, müssen Ideen und Programme auch durch praktische Politiken eingelöst wer-

⁴ Sie ist schon von der klassischen Soziologie hervorgehoben worden, insbesondere von Weber, Gramsci und Geiger, aber auch in den weniger beachteten politischen Analysen und Briefen von Marx und Engels, etwa im *18. Brumaire des Louis Bonaparte* (Marx 1960 [1852]).

den, und zwar nicht in einem einmaligen Tauschakt (etwa nach der zynischen Formel „Wählerstimmen“ gegen „Wahlgeschenke“), sondern anhaltend, verlässlich über lange Zeit und möglichst auch persönlich und „vor Ort“. Nur so kann das „soziale Kapital“ (Bourdieu 1983) oder Vertrauenskapital angesammelt werden, ohne dass dauerhafte Bindungen an bestimmte Parteien unmöglich sind.

Das soziale Kapital und die anhaltenden Wahlerfolge der Volksparteien in der politischen Mitte in der BRD beruhten lange Zeit darauf, dass sie – oft mehr schlecht als recht, aber doch grundsätzlich – den sozial absichernden Wohlfahrtsstaat verkörperten. Als die rot-grüne Koalition von 1998 bis 2005 dieses Sozialmodell durch ihre neoliberale Wende untergrub, führte dies zu den schockartigen, bis zu zweistelligen Verlusten, die auch nach der Abwahl der Schröder-Fischer Regierung von 2005 noch anhielten.⁵

3. Die „Landkarte“ der ideologischen Lager in der BRD

Um diese Dynamiken zu erklären, beschreiben die folgenden Kapitel auf breiter empirischer Grundlage die sieben ideologischen Lager in der Bevölkerung der BRD. Sie unterscheiden sich nach ihren gesellschaftspolitischen Grundeinstellungen, denen jeweils eine bestimmte Lage im sozialen Raum und bestimmte historische Erfahrungen des sozialen Strukturwandels und seiner Bewältigung entsprechen. Zusammen bilden diese Lager ein spannungsreiches Kräftefeld. Dieses ist insbesondere durch zwei Linien der wechselseitigen Abgrenzung gegliedert (s. Abbildung 9). Vertikal teilt sich dieser Raum der ideologischen Lager in drei obere und vier untere Lager. Horizontal teilt er sich in vier Gruppen nach dem ideologischen Rechts-Links-Spektrum. Die oberen Lager, die an der Führung der Gesellschaft durch eine Elite interessiert sind, gliedern sich in ein progressives, ein rechts-konservatives und (quasi als Elite im Wartestand) ein rechtsextremales Lager. Die unteren Lager, die an einer ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit interessiert sind, gliedern sich horizontal in ein progressives, ein establishmentkritisches, ein sozial-konservatives und ein potentiell rechtspopulistisches Lager. Diese sich überkreuzenden Konfliktlinien machen deutlich, dass die Lager, vermittelt durch die politischen

⁵ Dies ist von der SPD-Führung bis hin zu Sigmar Gabriel nicht offen eingestanden worden. Sie hat demgegenüber immer noch behauptet, dass ihr Absinken bei Bundestagswahlen auf wenig mehr als 20% allein darauf zurückzuführen sei, dass ihr Profil in den Regierungen der großen Koalition mit der CDU seit 2005 zu wenig erkennbar sei und dass sie Führer mit mehr „Charisma“ (wie dies nun Martin Schulz zugeschrieben wurde) brauche. Die Verluste sind aber bereits vor 2005 eingetreten, wie die Wahlanalysen von Geiling/Vester (2007) sehr genau belegen.

In diesen Analysen wird auch der Grund dieser Verluste angegeben. Er liegt in der Fixierung auf kurzfristige, rein technische Werbestrategien, die die Bedeutung des langfristigen Vertrauens in einen bestimmten politischen Weg ausblenden: „Warum können die Akteure der Parteipolitik und der intermediären Politik die so disponieren Potentiale heute nicht mehr so erfolgreich mobilisieren und repräsentieren? Ein Teil der Wahlforschung lenkt die Aufmerksamkeit auf dingliche ‚Eigenschaften‘ der Wähler (‚Individualisierung‘) oder der Gewählten (‚Charisma‘) bzw. daran anknüpfende Techniken wie agenda setting in den Medien, Personalisierung und Präsidentialisierung und läuft dabei Gefahr zu übersehen, dass die Akteure diese ihnen zugeschriebenen Eigenschaften nicht von sich aus hervorbringen können. Die ‚Wirkung‘ von Politikern und die ‚Einstellungen‘ der Bevölkerung müssen vielmehr als Ergebnis und Ausdruck einer langen Beziehung und Beziehungsarbeit zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten verstanden werden. Wird dieser Entstehungshintergrund von Bindungen vergessen, dann wird die Begeisterungs- und Mobilisierungsfähigkeit dem Zauber der Politikerpersönlichkeit zugeschrieben, sie wird zum Fetisch. Und es wird ganz unerklärbar, warum dieser Fetisch eines Tages, etwa bei einer Bundestagswahl, seine Zauberkraft verliert.“ (Geiling/Vester 2007: 465)

Parteien, nicht auf eine einzige gesellschaftspolitische Richtung festgelegt sind, sondern sich für verschiedene gesellschaftspolitische Allianzen mobilisieren lassen. Diese Alternativen sind im letzten Kapitel näher dargestellt.

Abb. 9 Der Raum der ideologischen Lager in der BRD⁶

| | | | | |
|---|---|--|--|---|
| Gesellschaftsbilder der ideologischen Lager Die Modelle der sozialen Ordnung und (grau unterlegt) die Einflußzone des Rechtspopulismus | <i>Progressive Ideologien</i> (Σ ca. 24 %) <i>Demokratische Partizipation, Gleichstellung, Multikulturalität und Ökopax in der Zivilgesellschaft</i> | <i>Resistenz gegen etablierte Politik</i> (Σ ca. 18 %) <i>Kein Vertrauen in große Ideologien und große Politik, aber aktive solidarische Selbsthilfe im Alltag</i> | <i>Konservative Ideologien</i> (Σ ca. 31 %) <i>Gesellschaft als gerechtfertigte hierarchische Ordnung</i> | <i>Ideologien der Benachteiligten</i> (Σ ca. 27 %) <i>Die derzeitige Gesellschaft als nicht gerechtfertigte Zweiteilung in Mächtige und Ohnmächtige</i> |
| Eliteorientierte Modelle (Obere Milieus) <i>Politik bzw. Führung von oben</i> (Σ ca. 39 %) | Radikal-demokraten ca. 11 % <ul style="list-style-type: none"> •politische Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen •Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) •Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) •Multikulturalismus | •/• | Traditionell-Konservative ca. 14 % <ul style="list-style-type: none"> •Hierarchie nach ständischem Rang •Strenge Autoritätsausübung •Berufspolitik / Legalismus •Fremdenabwehr | Rechtsextreme (Rebellisch-Autoritäre) ca. 14 % <ul style="list-style-type: none"> •Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen •'Recht des Stärkeren' (Sozialdarwinismus) •Gewaltbereitschaft •Fremdenfeindschaft |
| Modelle sozialer Gerechtigkeit (Arbeitnehmermilieus) <i>Basis für einen erneuerten Sozialstaat</i> (Σ ca. 61 %) | Sozial-integrative ca. 13 % <ul style="list-style-type: none"> •politische Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen •soziale Gleichstellung <i>aller</i> Gruppen und Arbeitnehmerrechte •Zivilgesellschaft (direkte pol. Mitwirkung) •Multikulturalismus | Skeptisch-Distanzierte ca. 18 % <ul style="list-style-type: none"> •Kluft zw. Politik und Gesellschaft •Soz. Ausgleich und Arbeitnehmerrechte •Interessenvertretung u. Solidarität im Alltag •Eher keine Ablehnung von Fremden | Gemäßigt-Konservative ca. 17 % <ul style="list-style-type: none"> •Hierarchie nach Leistung (meritokratisch) •Sozialer Ausgleich u. Arbeitnehmerrechte •aktive Integration im Alltagsleben •Eher keine Ablehnung von Fremden | Resigniert-Autoritätsgebundene ca. 13 % <ul style="list-style-type: none"> •Kluft zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen •Staatlicher Protektionismus (Schutz der Schwächeren) u. Arbeitnehmerrechte •Resignativer Rückzug auf den eigenen Alltag •Fremdenfurcht |

Statistische Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2015 [1993], S. 429-472).

Die abgebildeten Lager und ihre Gliederung entspringen keinem vorher festgelegten theoretischen Modell. Sie sind vielmehr auf der empirischen Grundlage einer *strikt ergebnisoffenen* Repräsentativbefragung ermittelt worden. Diese wurde im Rahmen der von der Volkswagen-Stiftung geförderten Untersuchung des gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels durchgeführt. Der Fragebogen war sehr umfangreich und neuartig, nach den differenzierten Dimensionen des sozialen Raums von Bourdieu, konstruiert. Die Daten wurden durch die Befragung einer besonders großen Stichprobe erhoben. Aus der gewonnenen Datenfülle wurden dann mit strukturentdeckenden statistischen Methoden (multivariaten Cluster- und Faktorenanalysen) die sozialen Milieus und ideologischen Lager ermittelt. Die Lager repräsentieren dauerhafte Grundeinstellungen, durch die sie sich aktiv voneinander abgrenzen.⁷

⁶ Die Nummerierung der Abbildungen schließt hier an die Nummerierung im ersten Teil dieses Essays an.

⁷ Die multivariaten Analysen unterscheiden sich grundsätzlich von denjenigen Meinungsumfragen, die jeweils nur Einstellungen zu einzelnen Punkten (formuliert in Fragen oder Statements) feststellen. Die Cluster (Typen) und die Faktoren (Einzeldimensionen innerhalb der Typen) beruhen auf einer großen Zahl von (hier insgesamt 45) Statements. Jeder Typus und jeder Faktor kann daher durch ein größeres Bündel von Statements beschrieben werden (wie unten in Anhang II/S. 38-40 aufgeführt). Dadurch wird der

Diese Vieldimensionalität wird in den nachfolgenden Typenbeschreibungen deutlich. Sie fassen überblickmäßig zusammen, was vollständiger mit zahlreichen Daten nachgelesen werden kann in den neuen Auflagen des Buches „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ mit dem Untertitel „Zwischen Integration und Ausgrenzung“ (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2015 [1993] 100-112, 444-472). In den hier folgenden Kapiteln wird jeder Ideologietypus mit den Merkmalen der Berufsstellungen (auch der elterlichen und großelterlichen Generation und der jetzigen Lebenspartner), der sozialen Lage, der Bildungsabschlüsse, der Lebensführung, der Zusammenlebensform, der sozialen Kohäsion, des Gesellungsverhaltens usw. beschrieben. Das Alter der Befragten und die Einbeziehung der älteren Generationen lassen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten erkennen, welche großen Strukturveränderungen die Befragten und ihre Herkunftsfamilien zu bewältigen hatten.

Für jeden Typus entsteht so ein relativ anschauliches Gesamtbild der sozialen Erfahrungen, d. h. ein Bild von den äußeren sozialen Bedingungen, von deren praktischer Bewältigung und von deren Geschichte über Generationen. Aus dem Gesamtbild kann dann nachvollziehbar erklärt werden, wie die jeweiligen ideologischen Bilder der sozialen Ordnung zustande gekommen und zusammengesetzt sind. Schließlich werden für jeden Typus die einzelnen Elemente seiner ideologischen Orientierung aufgeschlüsselt. Dazu gehören insbesondere die über Faktorenanalysen (s. Abb. 11/S. 32) ermittelten Einstellungen zur Fremdenfeindlichkeit, zur Leistungsideologie, zur Sozialstaatlichkeit, zum Geschlechterverhältnis, zu den politischen ‚Eliten‘ und zur demokratischen Mitbestimmung – und schließlich zur Neigung zu bestimmten Parteien und zum Rechtspopulismus.

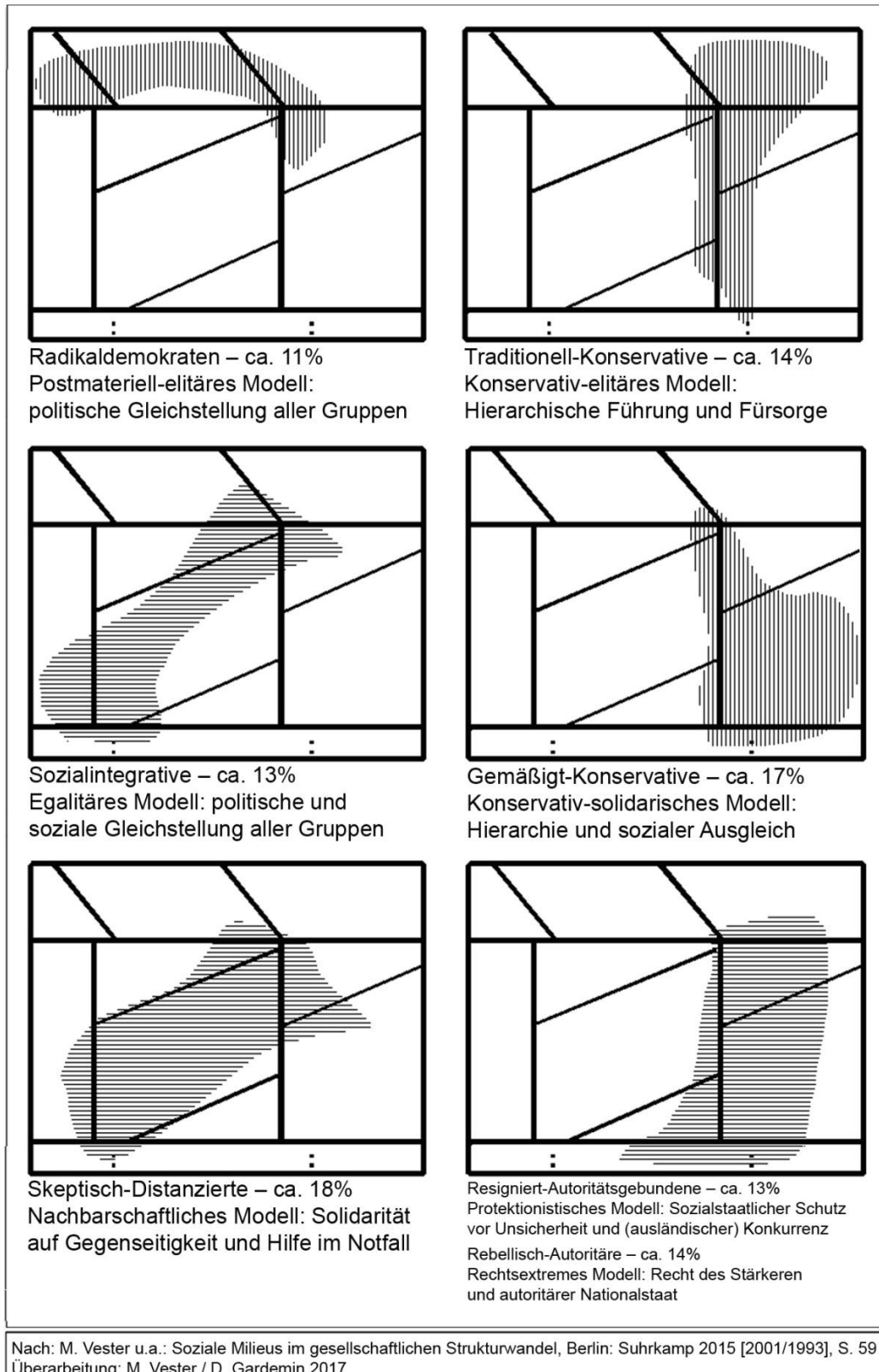
Der Zeitpunkt der grundlegenden Repräsentativbefragung im Juni 1991 erforderte es, die Ergebnisse in nachfolgenden Untersuchungen zunehmend zu „validieren“, d.h. auf ihre Gültigkeit und auf die empirische Übereinstimmung mit der übrigen aktuellen Forschungen zu überprüfen. Dazu wurden auch ähnliche spätere repräsentative Befragungen einbezogen. Von besonderer Bedeutung war dabei die große Untersuchung, die 2006 von Rita Müller-Hilmer und Richard Hilmer im Institut TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt worden ist. Sie hat als Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Neugebauer 2007) viel Anerkennung erhalten, aber auch politische Kontroversen ausgelöst. Die gefundenen neun „politischen Typen“ überschneiden sich wesentlich mit den unseren und stimmen in den Grunderkenntnissen inhaltlich mit ihnen überein.⁸

Einfluss von Schwankungen der Meinungen zu *Einzelfragen* auf das *Gesamtergebnis* gering gehalten, so dass dauerhafte Einstellungen sichtbar werden.

Die Abgrenzung der Lager voneinander beruht ausschließlich auf dem über die Clusteranalyse ermittelten Typus der Grundeinstellungen zur sozialen und politischen Ordnung der Gesellschaft. (Methodologisch bildet also der Ideologietypus die sog. unabhängige Variable.) Sodann wird jeder Typus nach den anderen repräsentativ erhobenen Merkmalen (den sog. abhängigen oder illustrierenden Variablen) beschrieben.

⁸ Die neun Typen sind: Die Leistungsindividualisten (11%), die Etablierten Leistungsträger (15%), die Kritischen Bildungseliten (9%), das Engagierte Bürgertum (10%), die Zufriedenen Aufsteiger (13%), die Bedrohte Arbeitnehmermitte (16%), die Selbstgenügsamen Traditionalisten (11%), die Autoritätsorientierten Geringqualifizierten (7%) und das Abgehängte Prekariat (8%). (Neugebauer 2007)

Abb. 10 Die Ideologischen Lager der BRD und ihre Verortung im sozialen Raum (gemäß Abb. 8, Seite 36)



Für die Bevölkerung der früheren DDR, die 1991 noch nicht in unsere Befragung einbezogen werden konnte (aber bei Hilmer und Müller-Hilmer repräsentiert ist), sind bei ähnlicher Grundgliederung bis zu einem gewissen Grade prozentual andere Lagergrößen anzunehmen. Angesichts eines umfassend bevormundenden Staats fehlte es in der DDR an Erfahrung mit organisierter und selbsttätiger Interessenvertretung. Der Anteil der Lager, die auf einen staatlichem Protektionismus ohne zivile Selbsttätigkeit setzten, wird in Ostdeutschland daher vermutlich etwas größer sein. Andererseits erklärt sich aus der Erfahrung der DDR auch, dass bestimmte Milieus (wie das, aus dem Angela Merkel stammt) aus der Abgrenzung von Bevormundung und Protektionismus einen spezifischen modernen Konservatismus entwickelt haben, der weltoffen und gleichzeitig marktliberal ist.

Insgesamt kann als gesichert gelten, dass die ideologischen Lager historisch dauerhafte, wenn auch durch den sozialhistorischen Strukturwandel herausgeforderte Formationen sind. Der frühe Zeitpunkt der ersten, grundlegenden Untersuchung hatte den Vorteil zeigen zu können, dass die gravierenden sozialen Spannungslinien nicht erst mit der Agenda 2010 entstanden, sondern schon lange vorher bestanden haben, wenn auch in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ teilweise in weniger sichtbarer Form. Dies zeigt sich auch darin, dass alle Lager im sozialen Raum, der die unterschiedliche Stellung der Klassenmilieus abbildet, verortet werden können (Abb. 10). Jedes Lager hat darin einen eindeutigen Schwerpunkt, auch wenn es bis zu einem gewissen Grade in benachbarte Milieus streut.

Insgesamt können die längerfristig gültigen Eigenschaften der Lager hier grundsätzlich in der Gegenwartsform beschrieben werden, es sei denn, es wird direkt auf die Befragungsdaten von 1991 zurückgegriffen (in diesem Falle wird die Vergangenheitsform gewählt).

4. *Die konservativen Lager: Gut integriert, aber im Konflikt zwischen autoritären und modernen Fraktionen*

Im rechten Teil des sozialen Raums, bei den konservativen Milieus, liegt eine Formation von zwei konservativen Lagern, die Hochburgen der CDU/CSU und des rechten Flügels der SPD sind. Die Gesellschaft soll hierarchisch abgestuft sein, mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten nach Besitz, Bildung, Geschlecht und Ethnie. Diese Ordnung wird aber von jedem der beiden Lagern anders verstanden.

Die *Traditionell-Konservativen*, mit Schwerpunkt in der Oberschicht, folgen noch dem Patron-Klient-Prinzip, mit dem Grundsatz „Treue gegen Fürsorge“: Loyalität soll durch paternalistische Fürsorge vergolten werden. Sie betonen in dieser Ordnung die Rolle des ‚Patrons‘. Sie neigen streng hierarchischen Autoritätsvorstellungen zu, die durch Sozialdarwinismus, Fremdenabwehr und Gewerkschaftsgegnerschaft gekennzeichnet sind. Die Einbettung in das konservative Ordnungsbild nimmt der Fremdenabwehr bis zu einem gewissen Grade die menschenverachtend-aggressive Vehemenz, die sie im Rechtsextremismus hat. Die Zuwanderung wird nicht als Bedrohung der sozialen Minimalstandards gesehen, wie dies im Lager der strukturell benachteiligten Arbeitnehmer (Kap. 5) geschieht, sondern als mögliche Beeinträchtigung ihrer sozial gesicherten Lebensweise und ihrer guten Integration in den eigenen Milieus.

Die *Gemäßigt-Konservativen* vertreten das hierarchische Gesellschaftsbild aus der Position des ‚Klienten‘. Hierarchische Unterschiede sollen durch Leistungsunterschiede legitimiert und durch sozialstaatlichen Ausgleich ausbalanciert werden. Ethnozentrische und gewerkschaftsgegnersche Positionen werden in Maßen, wenn auch nicht vehement abgelehnt. Zwar überwiegen noch konservative Formen der Vergemeinschaftung und der Lebensstile, aber bei den Angehörigen des Lagers in den urbanen Mittel- und Oberschichten gewinnen modernere, weltoffene und tolerante Haltungen seit langem an Boden. Um Verlusten insbesondere an die *Grünen* entgegenzuwirken, suchte der dominierende CDU-Flügel unter Angela Merkel zunehmend neue Kompromißlinien mit Zugeständnissen in der Sozial-, Ausländer-, Familien-, Ökologie- und Bürgerrechtspolitik. Lange gelang es den Unionsparteien nach diesen Imagekorrekturen weit besser als der SPD, Stimmenverluste geringer zu halten oder zu vermeiden. Doch erhöhten sich durch die Wendung zu einem modernen Konservatismus die Spannungen mit den *Traditionell-Konservativen*. Der Burgfrieden zwischen den Flügeln ist wieder aufgebrochen, seitdem sich die autoritär-konservativen Teile der Unionsklientel stärker von den Rechtspopulisten der AfD angesprochen fühlen und die modern-weltoffenen Teile einem Bündnis mit den *Grünen* oder sogar einer künftig weniger sozialdarwinistischen SPD zuneigen.

(1) *Konservative Oberschicht:*
Das Traditionell-Konservative Lager (ca. 14%)

Die Traditionell-Konservativen vertreten ein streng hierarchisches Bild der sozialen Ordnung, die mit einer sozialdarwinistisch gefärbten Leistungsideologie gerechtfertigt wird und die entschieden gegen Bedrohungen von innen (insbesondere durch Arbeitnehmerforderungen) und außen (insbesondere durch Zuwanderung) verteidigt werden soll. Ihr Vertrauen in das politische Establishment, wie es noch von der CDU unter Helmut Kohl verkörpert wurde, war sehr hoch und ist heute erschüttert.

Die *Traditionell-Konservativen* stammen, wie schon ihre Eltern, hauptsächlich aus den oberen und mittleren konservativen Milieus (s. Abb. 10). Insbesondere die Älteren unter ihnen haben überdurchschnittliche Bildungsniveaus und Einkommen und sind in mittleren und leitenden Angestellten- und Beamtenpositionen und als Selbstständige tätig. Sie gehören überwiegend zu den sozial gut integrierten Gruppen, die an traditionelle Konventionen der Vergemeinschaftung festhalten. Diese Zugehörigkeit verteidigen sie durch eine entschiedene, ständisch gefärbte Distinktion. Sie beteiligen sich gern sichtbar am gemeindlichen, kirchlichen und kulturellen Leben und verbinden dabei ein ausgeprägtes Standes- und Rangbewußtsein mit paternalistischer Verantwortung.

Sie bekunden ein relativ starkes Interesse an der Politik, überlassen diese aber weitgehend Berufspolitikern, die die Tugenden ihres Milieus durch ‚seriöses Auftreten‘, ‚Höflichkeit‘, ‚kühlen Sachverstand‘ und ‚Durchsetzungsvermögen‘ repräsentieren und sich an politische ‚Sachzwänge‘ und Autoritäten halten, aber unterschiedliche Interessen auch hart austragen. Entsprechend lehnen sie basisdemokratische Reformen und unkonventionelle Politikstile ab.

Die hierarchische Ordnung der Gesellschaft empfinden sie als gerecht und als legitimiert durch Leistungsunterschiede, die sie allerdings sozialdarwinistisch verstehen („Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld“). Der Sozialstaat wird

nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber streng konservativ verstanden, mit einer entschiedenen Abwehr des Mitspracherechts am Arbeitsplatz und der Gewerkschaften und von „überzogenen Forderungen“ bei den Lohnverhandlungen, die „den wirtschaftlichen Aufschwung behindern“.

Zu dem konservativen Gesellschaftsbild gehört auch ein ausgeprägter Ethnozentrismus, der ‚Ausländer‘ zwar nicht völlig ausgrenzt, aber ihnen erheblich geringere Rechte in der sozialen Hierarchie zuweist. Die Auseinandersetzung mit ihnen nehmen sie als Verteilungskonflikt wahr, in dem sie Bedrohungen des eigenen Status abwehren. Ausländer haben keine Ansprüche auf „unseren hart erarbeiteten Wohlstand“, sagten in der Befragung 78,4% der *Traditionell-Konservativen* (Durchschnitt: 63,5%). 82,9 meinten, daß „wir ein reiches Land sind, weil wir fleißiger und tüchtiger sind als andere“ (Durchschnitt: 70,5%). Mit entsprechenden ideologischen Fragmenten begründen sie die Ausgrenzung ausländischer Bevölkerungsteile von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Standards der Bundesrepublik. Dazu gehört, dass sie ein Ausländerwahlrecht von allen Gruppen am entschiedensten ablehnen (zum Befragungszeitpunkt mit 94,7%; Durchschnitt: 68,1%). Sie verknüpfen ihre nationalen Chauvinismen gelegentlich, aber unterdurchschnittlich mit frauenfeindlichem Chauvinismus. Gleichberechtigungsansprüche von Frauen werden nicht gerade unterstützt, aber auch nicht offen abgewehrt.

Die Parteisymphathien galten zum Zeitpunkt der Befragung überdurchschnittlich der CDU/CSU und der FDP (die damals regierten), unterdurchschnittlich der SPD und den *Grünen* und immerhin durchschnittlich bereits den rechtspopulistischen *Republikanern*. Als sich diese Balance in jüngerer Zeit ein Stück weit zugunsten der *Republikaner* zu verschieben schien, war dies ein Anlass für den rechtskonservativen CDU-Flügel um Jens Spahn, Julia Klöckner und andere, durch eine betont restriktive Position zur Zuwanderung ihre Durchsetzungskraft in der CDU für die Zeit nach Merkel zu erhöhen.

(2) Konservativ-arbeitnehmerische Mittelschicht: Das Gemäßigt-Konservative Lager (ca. 17%)

Die Gemäßigt-Konservativen versuchen, Elemente der Leistungsideologie mit Elementen des sozialen Ausgleichs auszubalancieren. Sie identifizieren sich grundsätzlich mit den sozialen Ungleichheiten, soweit sie sich durch Leistungshierarchien rechtfertigen lassen. Allerdings müssen sozialer Ausgleich, Stabilität, Sicherheit und Harmonie gewährleistet sein (eher arbeitnehmerorientiert und nicht-ethnozentrisk). Hier sehen sie das Aufgabenfeld der Politik, zu der sie im übrigen persönlich Distanz halten. Bei etwa einem Drittel haben inzwischen, besonders in den großen Städten, die weltoffenen Vorstellungen eines modernen Konservatismus an Boden gewonnen.

Die *Gemäßigt-Konservativen* sind meist in den mittleren, teilweise auch in den unteren und in den (liberal-großstädtischen) oberen konservativen Milieus zu Hause (s. Abb. 10). Zum Befragungszeitpunkt waren sie leicht überdurchschnittlich tätig in den eher hierarchisch organisierten traditionellen Agrar-, Textil-, Bau- und Bergbauberufen und in den hierarchischen Bürokratien der administrativen Dienstleistungen (Handel, Banken, Versicherungen, Verwaltung), auf die sich die jüngere Generation zunehmend umstellte und die daher inzwischen ein größeres Gewicht erlangt haben. Ihre Einkommen lagen bei

der Befragung im Durchschnitt, ihre Bildungsabschlüsse leicht darunter. Auch diese Standards dürften sich inzwischen etwas verbessert haben.

Die *Gemäßigt-Konservativen* leben in der Mehrheit in Familien mit Kindern und überdurchschnittlich in ländlichen und kleinstädtischen Regionen im Kontext von eher traditioneller Vergemeinschaftungen, aber als bedeutsame Minderheit auch in etwas moderneren urbanen Milieus. Die *Gemäßigt-Konservativen* bilden das im Alltagsleben am stärksten integrierte Lager. Zwar finden sich, insbesondere bei ihren modern-urbanen Fraktionen, Hinweise auf Bedürfnisse nach Erlebnisorientierung und nach Ausbruch aus den Zwängen des Alltags, doch werden in der Mehrheit konventionelle Formen der Geselligkeit in der Familie, im erweiterten Freundeskreis, im Verein oder im Gemeindezentrum bevorzugt. Der Anteil der Katholiken und der regelmäßigen Kirchgänger lag zum Befragungszeitpunkt leicht über dem Durchschnitt.

So wie sie schon beruflich in der Mitte zwischen oben und unten stehen, tragen sie auch gesellschaftspolitisch auf beiden Schultern. Nach dem Motto ‚Jeder ist seines Glückes Schmied‘ stimmen sie mit der Leistungsgesellschaft und ihren Hierarchien überein, sofern allzu große soziale Disparitäten über sozialstaatliche Absicherungen abgemildert werden. Die hierarchische Arbeitsteilung erkennen sie als funktional und sinnvoll an, solange das Maß einer gerechten Ordnung und des sozialen Ausgleichs gewahrt bleibt. Konflikte und Interessengegensätze sollen sich in einer überschaubaren Ordnung der Ethik der Klassenkooperation wie sie insbesondere auch die katholische Soziallehre fordert, vollziehen. Zum Befragungszeitpunkt waren immerhin 18% in einer Gewerkschaft (Durchschnitt: 15,9%).

Ein ähnliches Balancieren kennzeichnet auch das Verhältnis zu Ausländerinnen und Ausländern. Ihr Stolz auf die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der BRD wird mit dem Verweis auf die eigenen Leistungen begründet und äußert sich in wohlstandschauvinistischen Haltungen. So meinten zum Befragungszeitpunkt 82,9% (Durchschnitt: 62,8%), daß „wir Deutsche einige gute Eigenschaften haben, die andere Völker nicht haben“, und 86,5% (Durchschnitt: 70,5%): „Wir sind ein reiches Land, weil wir fleißiger und tüchtiger sind als andere“. Aber dies war keineswegs schon eine Vorstufe von aggressiven Ressentiments gegenüber Ausländer. Ethnozentrische Einstellungen (nach dem Faktor 1, s. Abb. 11/S. 32 und Anhang II/S. 38) wurden eher abgelehnt. 74% befürworteten das Grundrecht auf Asyl (Durchschnitt: 59%), 37% befürworteten ein Wahlrecht für Ausländer (Durchschnitt: 32%).

Gegenüber der Politik zeigen sie eine Art wohlwollender Distanz. Sie engagieren sich gesellschaftspolitisch eher wenig und delegierten ihre Interessen gern an gewählte Vertreter. Zum Befragungszeitpunkt meinten 60,4% (Durchschnitt: 44,9%): „Ein Politiker verdient grundsätzlich Vertrauen, weil er sich um das Wohl der Allgemeinheit kümmert“. Nicht für die Mehrheit, aber doch für 45,9% (Durchschnitt: 34,5%) war Politik „Männersache“. Obwohl bei einem kleinen Teil auch ‚Law-and-Order‘-Haltungen zu finden waren, überwog das Bedürfnis nach Stabilität, Sicherheit und Harmonie. 90,8% (Durchschnitt: 78,9%) meinten, dass die „Politik den Bürgern ein Gefühl der Geborgenheit zu geben“ habe. Entsprechend wurden soziale und ökologische Fragestellungen der neuen sozialen Bewegungen und der *Grünen* dann akzeptiert, wenn diese mit „kühlem Sachverstand“ und „menschlichen“ Umgangsformen einhergingen.

Die Parteipräferenzen waren zum Befragungszeitpunkt für die CDU/CSU über dem Durchschnitt, für die SPD im Durchschnitt und für die FDP, die *Grünen* und die rechtspopulistischen *Republikaner* darunter. Die über 45-Jährigen tendierten eher zu den Uni-

onsparteien, die Jüngeren zur SPD. Die politischen Parteien repräsentierten zur Zeit der Befragung ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. So äußerten 81,2% (Durchschnitt: 60,3%), sie wüssten „genau, welches meine politische Partei ist, eine andere würde ich nie wählen“. Dieses Vertrauen ist heute durch zentrifugale Bewegungen eher kleiner Minderheiten des Lagers zu den Rechtspopulisten und großer Minderheiten zu rot-grünen Positionen untergraben.

5. Die Lager der Benachteiligten: „Resignierte“ und „rebellische“ Fraktionen des Rechtspopulismus

Das Bild einer gemäßigt und einer rigoros auftretenden Fraktion wiederholt sich bei den nächsten beiden ideologischen Lagern, die zusammen immerhin 27% ausmachen. Oberflächlich gesehen, haben die beiden Lager eine sehr ähnliche soziale Lage und Kohäsion als vom Strukturwandel schon immer Benachteiligte am rechten Rand des sozialen Raums. Aber sie zeigen deutlich verschiedene, teilweise gegensätzliche Arten, damit umzugehen. Beide sind stark von der etablierten Politik enttäuscht. Aber die einen (die *Rebellisch-Autoritären*) sind extrem sozialdarwinistisch und ausländerfeindlich, während die anderen (die *Resigniert-Autoritätsgebundenen*) einen schützenden Sozialstaat fordern, das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren eher ablehnen und ein eher mittleres Maß von Ethnozentrismus zeigen.

(3) Strukturell benachteiligte konservative Arbeitnehmer: Das Resigniert-Autoritätsgebundene Lager⁹ (ca. 13%)

Die Resigniert-Autoritätsgebundenen kommen aus eher unsicheren Lagen der traditionelleren mittleren und unteren Milieus, die in der Regel auch schon in den früheren Generationen mit der Konkurrenz und dem Strukturwandel in der Gesellschaft nicht mithalten konnten. Aufgrund dieser langen historischen Erfahrung erleben sie ihre Unterlegenheit als schicksalhaft unabänderlich. In der von ihnen wahrgenommenen gesellschaftlichen Zweiteilung ist Politik ‚oben‘ angesiedelt und damit außerhalb des eigenen Horizonts. Mit ihren traditionellen Arbeitnehmerorientierungen optieren sie für die Sicherung sozialer Lagen durch einen starken Sozialstaat. Sie verbinden damit aber kein aktives eigenes Engagement. Die alten Ängste vor einer unsicheren Zukunft, die durch die wieder angewachsenen sozialen Disparitäten wiederkehren, werden durch Einstellungen des Wohlstandschauvinismus und der Ausländerfurcht kompensiert.

Die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* bilden ein Lager, das auf die untere Mittelschicht und die Unterschicht der alten Industriegesellschaft zurückgeht und schon lange historisch existiert. Neue Aktualität hat es heute wieder als eines der rechtspopulistischen Stimmenreservoirs gewonnen. Diese Option ist jedoch nicht aggressiv autoritär und rassistisch nach Art des Rechtsextremismus motiviert. Sie wurzelt in der Erfahrung als strukturell Benachteiligte und in dem entsprechenden Wunsch nach staatlichem Schutz vor sozialer Unsicherheit – und auch vor zuviel Konkurrenz von Zuwanderern um die

⁹ In Vester u.a. (2015 [1993]: 464-467 bezeichnet als „Enttäuscht-Apathische“.

Arbeitsplätze und sozialen Leistungen. Diese Zusammenhänge von sozialer Lage und politischen Einstellungen können hier mit den Daten der repräsentativen Befragung differenziert beschrieben werden, die in einer mit heute vergleichbaren Situation, während der Welle der Fremdenfeindlichkeit von 1991, in der BRD durchgeführt worden ist.

Diese Beschreibung des Lagers zeigt weitgehende Parallelen zu anderen Darstellungen der strukturbenachteiligten Milieus, in denen heute verstärkt rechtspopulistisch gewählt wird. Sie sind in den Arbeitervierteln der früherer Industriegürtel zu Hause: in Nordfrankreich (beschrieben u.a. von Béaud/Pialoux 2004 [1989/1999], Bourdieu u.a. 1997 [1993] und Eribon 2016 [2009]), im Ruhrgebiet (beschrieben in vielen Studien von Heitmeyer), in Nordbaden (beschrieben in den Reportagen über die AfD-Wähler von Mannheim) und in den Vereinigten Staaten (im Zusammenhang mit der Trump-Wahl thematisiert u.a. von Williams 2015). Die oben (in Kapitel 3) herangezogene Untersuchung von Müller-Hilmer und Hilmer von 2006 bei der Ebert-Stiftung widmet den strukturbenachteiligten Arbeitnehmergruppen besondere Aufmerksamkeit. Sie rechnet der Zone der Prekarität zwei ihrer „politischen Milieus“ ganz zu, und zwar die „Autoritätsorientierten Geringqualifizierten“ (7%) und das „Abgehängte Prekariat“ (8%). Von den „Selbstgenügsamen Traditionalisten“ (11%) rechnen sie dieser Zone Teilgruppen zu. (Neugebauer 2007).

Angesichts dieser Parallelen dürften die zitierten Ergebnisse unserer Befragung von 1991 zwar nicht in allen konkreten Zahlen der beschreibenden Variablen (wie Berufstellungen, Ausbildungsniveaus usw.), wohl aber in deren Verhältnis zueinander noch heute gültig sein. Es muss aber vor drei pauschalisierenden Verallgemeinerungen gewarnt werden:

- Zum einen umfassen die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* (wenn eine Kontinuität mit 1991 besteht) nicht weniger als 13%, aber auch kaum mehr. Nach Umfragen und Wahlergebnissen sind in den Wohnvierteln und Regionen, in denen sich dieses Lager konzentriert, bis zu etwas mehr als 20%, aber (aufgrund der vorherrschenden resignativen Einstellung) nicht alle zur AfD übergeschwenkt. Die Rechtspopulisten benötigen für Erfolge daher auch Unterstützung aus anderen ideologischen Lagern mit größeren oder kleineren ethnozentrischen Potentialen.
- Zum anderen darf der hier beschriebene Typus nicht mit den aggressiven „autoritären“ Rechtsextrremen verwechselt werden. Die Bezeichnung als „*autoritätsgebunden*“ geht auf die Forschungen der Frankfurter Soziologie zu autoritären Persönlichkeitsstrukturen zurück (vgl. Adorno u.a. 1950, Adorno 1973). Dem aggressiven „autoritären Charakter“ geht es um den Kampf um die Macht, dem resignativen „autoritätsgebundenen Charakter“ geht es um die Anlehnung an schützende Autoritäten. Die „Autoritären“ richten den Ärger über die von den Mächtigen kommende Benachteiligung nicht gegen die Mächtigen selbst, sondern auf alles Schwächere, insbesondere Gruppen, die in der sozialen Hierarchie unten angesiedelt sind und trotz ihrer Unterlegenheit als gefährlich dargestellt werden können. Die „Autoritätsgebundenen“ lenken die Aggression eher resignativ gegen sich selbst.
- Schließlich dürfen die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* nicht mit der Gesamtheit der Arbeiter gleichgesetzt werden (wie dies manche z.B. unter dem Eindruck von Eribon tun). Es gibt insgesamt vier Lager mit bedeutsamen Anteilen an Arbeitern und dienstleistenden angestellten Arbeitnehmern, die zusammen etwa 61% umfassen (s. Abb. 10). Von diesen sind sie (mit etwa 13%) nur eine, aber als die am deutlichsten „negativ privilegierte“ (Weber) Fraktion.

Die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* finden sich in den konservativen Fraktionen hauptsächlich der unteren Arbeitnehmermitte und in geringerem Maße auch der gehobenen Mittel- und Oberschicht und der Unterschicht (s. Abb. 10). Obwohl sie damit auch einen kleinen Teil von Bessergestellten umfassen, haben sie im Durchschnitt die niedrigsten

(und am meisten veralteten) Standards von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital. Damit setzen sie eine Familien- und Milieutradition fort, die schon älter ist.

1991 stammten noch 70,2% von ihnen (Durchschnitt: 52,8%) elterlicherseits aus Arbeiterfamilien. Sie selber hatten die niedrigsten und traditionellsten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse von allen Gruppen. Die Umstellung auf modernere technische und dienstleistende Berufe seit den 1960er Jahren hatten sie kaum mitmachen können. So war 1991 noch ein Viertel von ihnen als un- und angelernten Arbeiter sowie als Vor- und Facharbeiter in Industrie und Handwerk beschäftigt (Durchschnitt: 17%). Außerdem gehörten zu ihnen überdurchschnittliche Anteile von ausführenden Angestellten mit geringeren Ausbildungsniveaus und von Erwerbslosen und Rentnern. Dieser Zusammensetzung entsprach das Überwiegen niedriger und bescheidener mittlerer Einkommen.

Es erstaunt nicht, dass ihre soziale Integration auch zur Zeit der Befragung oft prekär war. Zu ihnen gehörten viele ältere Paare und Verwitwete, deren soziale Netze altersbedingt schwanden. Auch andere waren, als Bezieher niedriger Einkommen und Transfers, ökonomisch kaum imstande, am gesellschaftlichen Leben regelmäßig teilzunehmen. Die Erfahrung, dass sich meist auch schon die früheren Generationen in benachteiligten sozialen Lagen befanden, hat sich zu deinem fatalistischen Gesellschaftsbild verfestigt. Die Zweiteilung der Gesellschaft in ‚unten und oben‘ bzw. ‚arm und reich‘ erscheint als unabwendbares Schicksal. Daher muss sich „in der heutigen Zeit jeder alleine durchsetzen und sollte nicht mit der Hilfe anderer rechnen“ (74,6% Zustimmung; Durchschnitt: 64,9%).

In dem Lebensmodell dieser Gruppe geht es nicht um Aufstieg, sondern um Sicherheit. Aufstieg wäre ein Risiko, weil er ihre knappe Grundausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital überfordern könnte. Auch wenn die begrenzten Mittel einstweilen ausreichen, das ‚Modell‘ einer bescheidenen Lebensführung aufrechtzuerhalten, bleibt die Angst davor, dass diese Mittel nicht mehr ausreichen würden, mögliche künftige Schicksalsschläge oder Lageverschlechterungen zu bewältigen. Es ist die alte Zukunftsangst der proletarischen Lebenssituation. Theodor Geiger (1949: 84f) hatte sie im Blick, als er schrieb: „Das Entscheidende in der Klassenlage des Arbeiters ist nicht die ‚wirtschaftliche Unselbständigkeit‘ an sich [...], Was aber seine Stellung so prekär macht, ist die ewige Unsicherheit, in der er lebt“, so daß Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Invalidität oder andere Schicksalsschläge „gleichbedeutend mit äußerster Armut“ sind.

Um trotz dieser äußeren Unsicherheit doch emotionale Anlehnung, Selbstbestätigung und Respektabilität zu finden, ziehen die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* sich verstärkt auf konservative Stabilisierungsstrategien zurück. Dazu gehört das beharrliche Festhalten an traditionellen Werten, an einer konventionellen Familienzentrierung und an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. So meinten 1991 73,7%, dass Politik „Männersache“ sei (Durchschnitt: 34,5%). Gleichzeitig sollte das Selbstwertgefühl durch wohlstandschauvinistischen Abgrenzungen gegenüber Ausländern gehoben werden (Faktor 1, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 38). Viele meinten: „Wir Deutschen haben einige gute Eigenschaften, die andere Völker nicht haben.“

Bemerkenswert ist aber, dass mit diesen Haltungen keine aggressiv-ausgrenzenden sozialdarwinistischen Einstellungen verbunden waren, sie wurden vielmehr abgelehnt (Faktor 2, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 38). Statt dessen überwogen noch Solidaritätsvorstellungen der traditionellen Arbeitnehmerorientierungen, von denen aus auf die ausgleichende Rolle des Sozialstaates verwiesen wurde (Faktor 5, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 39). Aus Tradition waren 1991 immerhin noch 20% Mitglieder einer Ge-

werkschaft (Durchschnitt: 15,9%). Dem entsprachen unterdurchschnittliche Sympathien für CDU/CSU, FDP und *Grüne* und demgegenüber noch stark überdurchschnittliche Sympathien für die SPD (die damals aber nur in einigen Bundesländern an der Macht war), aber auch für die rechtspopulistischen *Republikaner*. Gleichwohl überwog schon die Skepsis: 84,7% meinten, es sei "egal", welche Partei man wähle, "ändern wird sich doch nichts" (Durchschnitt: 53,2%). 10% lehnten es bereits ab, an Wahlen teilzunehmen. Ihren Protest gegen Benachteiligungen drückten sie in einer zwar nicht mehrheitlichen, aber doch überdurchschnittlichen Sympathie für die damals aktive rechtspopulistische Partei der *Republikaner* aus. Vor allem jüngere Befragte bis 45 Jahre teilten diese Option.

Die geäußerte große Enttäuschtheit vom politischen Establishment geht offensichtlich auf historische Erfahrungen zurück, die schon in den älteren Generationen . In der Befragung von 1991 meinten 96,7%: „In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt" (Durchschnitt: 66,7%). Die Angehörigen des Lagers betonten, dass die eigenen Bedürfnisse nach Schutz, Ordnung, Sicherheit und Harmonie (die auch zur heftigen Ablehnung unkonventioneller Politikformen führten) nach ihren Erfahrungen in der Politik nicht angemessen berücksichtigt und gewürdigt würden. In der ‚oben‘ angesiedelte Politik sahen sie keinerlei Ansatzpunkte für eigene Beteiligung. Statt dessen überwog das Gefühl eigener Inkompetenz und Ohnmachtserfahrung. „Die Politiker sollen regieren und den Bürger in Ruhe lassen", meinten 86,7% (Durchschnitt: 50,9%).

Auch mit diesen Einstellungen wurde vermutlich etwas abgefragt, was immer schon da war: das Wissen der ‚kleinen Leute‘, dass ‚Politik nichts für unsereins‘ ist (dass man da nicht aktiv mitmacht). Dazu gehört auch das Wissen, dass die einen Politiker einem näher sind als die anderen, und so etwas wie ein ausgeprägter „Klasseninstinkt“: dass man ‚die anderen‘ nicht wählt. Im Laufe der Jahre hatte sich offenbar das Gefühl entwickelt, dass es ‚den Politikern nur um die Stimme‘ gehe und sie nur vor Wahlen auftauchten.

Für die Angehörigen des Lagers ging es zur Zeit der Befragung von 1991 nicht um eine neue, durch einen Kurswechsel zum Neoliberalismus motivierte Enttäuschung über die Politiker. Es ging um eine schleichend gewachsene Entfremdung. In den 1980er Jahren hatte sich die Verhältnisse zwischen den Milieus untereinander und jeweils zur Politik unter dem Eindruck veränderter wirtschaftliche und politischer Rahmungen in Bewegung gesetzt. Erfahren wurde die Machtlosigkeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie gegenüber der Verlagerung von Stahl, Werften und anderen prägenden (Schwer-)Industrien, also die Vergeblichkeit der Hoffnungen auf den Schutz der Politik. Hier ist die spätere Bruchlinie schon sichtbar. Als die SPD dann nach 1998 mit ihrer neoliberalen Wende ihre Rolle als Schutzmacht der sozial Schwachen auch formell und demonstrativ aufgab, stieg der Anteil zunächst der Nichtwähler und später der Wähler der rechtspopulistischen AfD noch einmal erheblich an.

(4) *Rechtsextreme:* *Das Rebellisch-Autoritäre Lager*¹⁰ (ca. 14%)

Aus dem Lager der Rebellisch-Autoritären rekrutiert sich der harte Kern der Aktivisten und der Gefolgschaft des Rechtspopulismus. Wie die Resigniert-Autoritätsgebundenen kommen auch sie aus Lagen der traditionelleren mittleren und unteren Milieus, die mit

¹⁰ In Vester u.a. (2015 [1993]: 467-472 bezeichnet als „Enttäuscht-Aggressive“.

den Modernisierungen der Wirtschaft, der kulturellen Werte und der Politik auf Kriegsfuß stehen. Auch sie erleben die Gesellschaft als zweigeteilt zwischen Mächtigen und Machtlosen und werfen den etablierten Politikern heftig vor, dass sie die ‚kleinen Leute‘ in ihren unsicheren sozialen Lagen nicht mehr absichern und dem Wandel zu modernen Lebensstilen und Multikulturalität nicht Einhalt gebieten.

Aber sie verarbeiten diese Situation entgegengesetzt, durch Rebellion. Sie befürworten nicht die Wiederherstellung des Sozialstaats, sondern eine sozialdarwinistisch verstandene Gesellschaft. In dieser muß sich jeder im Machtkampf selber durchsetzen; wer dabei verliert, ist selber schuld. Dies entspricht dem klassischen autoritären Charaktertypus, wie ihn Adorno, Fromm und andere beschrieben haben. Dessen psychische Dynamik wird durch die sog. „Identifikation mit dem Angreifer“, die „Radfahrermentalität“, gekennzeichnet. Das heißt, die Macht als solche wird bewundert, die Angst vor ihr wird auf Schwächere umgelenkt, in Ressentiments und aggressive Akte gegen fremde und nichtkonforme Gruppen wie die Alternativkulturen, die Homosexuellen, andere Ethnien und andere religiöse Gruppen. Dies bildet den Nährboden gewaltbereiter und rassistischer Gefolgschaften des Rechtsextremismus.

Die *Rebellisch-Autoritären* finden sich in den gleichen Milieus wie die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* (s. Abb. 10). Sie kommen hauptsächlich aus den konservativen Fraktionen der unteren Arbeitnehmermitte und in geringerem Maße auch der Unterschicht und der gehobenen Mittel- und Oberschicht (aus der einige ihrer öffentlich sichtbaren Protagonisten stammen). Ihre beruflichen Schwerpunkte liegen ebenfalls eher bei den traditionellen, von der Modernisierung an den Rand gedrängten Gruppen, jedoch aus einem etwas anderen beruflichen Segment, mit größeren Anteilen an eher vormodernen und traditionellen Berufsmilieus, wie denen der kleinen Selbstständigen und Bauern, die auf andere Weise strukturell benachteiligt sind als die Industriearbeiter.

Die *Rebellisch-Autoritären* stammten 1991 zwar auch zu 58% (Durchschnitt: 52,8%) elterlicherseits aus Arbeiterfamilien, aber doch in viel geringerem Maße als die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* (mit 70,2%). In überdurchschnittlichem Maße stammten sie eher von bäuerlichen Familien ab (zu 11,9%; Durchschnitt: 7,9%). Ihre eigene Tätigkeit war besonders die von un- und angelernten Arbeitern und ausführenden Angestellten, im Gegensatz zu *Resigniert-Autoritätsgebundenen* jedoch nur in leicht überdurchschnittlichem Maße. Auch gehörten zu ihnen, im Gegensatz zu diesen, leicht überdurchschnittlich viele qualifizierte Angestellte und kleinere und mittlere Selbstständige (5,6%; Durchschnitt: 5%). Der Anteil von traditionellen Agrar-, Textil-, Bau- und Bergbauberufen und der Landwirte lag ebenfalls etwas über dem Durchschnitt. Darauf, dass es sich um historisch ‚überalterte‘ Berufs- und Qualifikationsprofile handelte, deutet auch die Altersstruktur; die *Rebellisch-Autoritären* bilden die Gruppe mit dem höchsten Durchschnittsalter (51 Jahre). Die Zahl der Volksschulabsolventen war besonders hoch (70%; Durchschnitt 56,7%). Die Zahl der Abiturienten war im Vergleich zu den anderen Gruppen am geringsten. Doch fanden sich mittlere Bildungsabschlüsse in den jüngeren Altersgruppen leicht überdurchschnittlich. Die Einkommenshöhen waren breit gestreut und lagen im Durchschnitt über denen der Gruppe der *Resigniert-Autoritätsgebundenen*.

Unter den *Rebellisch-Autoritären* gibt es viele ältere Alleinlebende und verwitwete ältere Frauen, deren alltäglicher Bezugspunkt in traditionellen Familien- und Vergemeinschaftungszusammenhängen zu finden ist. Moderne Erlebnisorientierungen oder kulturelle distinktive Freizeitaktivitäten sind ihnen zutiefst zuwider. Im Unterschied zum Rückzugsverhalten der *Resigniert-Autoritätsgebundenen* sichert ihnen das demonstrative, eher nach außen gerichtete konformistische Verhalten ein leicht höheres Maß sozialer Integration untereinander.

Das Gesellschaftsbild ist durch die Überzeugung geprägt, als kleine Leute' immer zu den Betrogenen in der Gesellschaft zu gehören, zumal sie ihr Repertoire traditioneller Verhaltensorientierungen durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse ständigen Entwertungen ausgesetzt sehen. Verbunden damit ist, wie die Autoritarismusforschung es ausdrückt, die Vorstellung von der Gesellschaft als *Dschungel*, in dem die Stärkeren sich durchsetzen (s. Adorno u.a. 1950, Adorno 1973). Während die *Resigniert-Autoritätsgebundenen* diese sozialdarwinistische Ordnung kritisieren, identifizieren sich die *Rebellisch-Autoritären* vehement mit ihr. Sie bekennen sich zu einem krassen wirtschaftlichen Individualismus, in dem jeder nur auf seinen persönlichen Vorteil bedacht sein und kein Mitleid mit den Schwächeren haben sollte. Das gesellschaftliche Oben und Unten ist nur durch individuellen sozialen Aufstieg überwindbar. 77,2% (Durchschnitt: 49%) meinen, dass „die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, selber schuld sind“.

Entsprechend der autoritären Charakterstruktur werden die verdrängten Aggressionen umgelenkt in den Hass auf Schwächere, Außenseiter, Zuwanderer und das politische Establishment. Die Faktorwerte des Sozialdarwinismus, des wohlstandschauvinistischen Ethnozentrismus und der Enttäuschung über die etablierten Politiker, die personalisiert wahrgenommen werden, sind höher als bei jedem anderen Lager (s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 38-39). Weitere Ressentiments werden gegen Gewerkschaften gehegt. Dass keine ausgeprägten Ressentiments gegenüber Frauen geäußert werden, erklärt sich möglicherweise an dem überdurchschnittlichen Anteil von Frauen (57%) in der Gruppe. Obwohl die Politiker das Gemeinwohl vertreten und den Bürgern „ein Gefühl der Geborgenheit“ vermitteln sollten (95,9% Zustimmung; Durchschnitt: 78,9%), schieben sie nach Auffassung der *Rebellisch-Autoritären* drängende politische und soziale Probleme in undurchschaubaren komplizierten Prozeduren immer wieder auf.

Die hohe Intensität der aggressiv-autoritären Einstellungen deutet auf ihre tiefe Verankerung in einer Persönlichkeitsstruktur hin, die in der familialen Sozialisation schon in der frühen Kindheit erworben worden ist und dann später durch die verschiedenste Versatzstücke aus rechtsextremen Ideologien auch eine formelle Legitimation erhalten hat (s. Adorno u.a. 1950, Adorno 1973). Der Familien- und Milieutypus, in dem autoritäre Erziehungsstile und Fragmente rechtsextremer Ideologien über Generationen weitergegeben werden, ist nicht unmittelbar an bestimmte Berufsgruppen gebunden. Er hat aber eine gewisse Affinität zu den oft autoritär strukturierten Berufsgruppen, die, wie erwähnt, bei den *Rebellisch-Autoritären* auffällig überdurchschnittlich vertreten sind. Der Hintergrund bestimmter Fraktionen der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Milieus, in denen Autorität rigoros und selbstherrlich ausgeübt wird, kann zur Erklärung der ungehemmt individualistischen und ‚lautstarken‘ Verhaltensweisen und auch der überdurchschnittlich häufigen Befürwortung einfacher und rabiater Problemlösungen beitragen, wie sie bei den rechtspopulistischen Demagogen besonders auffallen. So befürworteten in unserer Befragung 93,3% (Durchschnitt: 66,8%) das Statement "Um mit dem Ausländerproblem fertig zu werden, müssen unsere Behörden weit mehr Vollmachten als bisher erhalten". 88,1% befürworteten den Ruf nach dem ‚starken Mann‘: „Heutzutage brauchen wir in der Politik harte Männer“ (Durchschnitt: 59,3%).

Wie und wann diese Einstellungen in Handeln umgesetzt wurden, hat sich mit den Konjunkturen der öffentlichen Meinung immer wieder geändert. Autoritäres Verhalten reagiert primär nicht auf Argumente, sondern auf Stärke. So ist beispielsweise die fremdenfeindliche Gewaltwelle um 1991 dadurch ermuntert worden, dass die staatliche Auto-

rität und die demokratischen Kräfte für unsicher, defensiv und schwach gehalten wurden. Als diese eine energische Gegenbewegung, symbolisiert durch die Riesenbewegung gewaltfreier Lichterketten und rechtsstaatliches Handeln, zustande brachten, ließ der offene rechtsextreme Terror nach. Eingeschüchtert durch die Machtverhältnisse, sahen sich die Rebellierenden wieder in einer Situation der Ohnmacht. Sie zogen sich zurück auf die ‚Rebellion am Stammtisch‘ und bei Wahlen in ‚Denkzettel‘ für die großen Parteien. (Zu untersuchen wäre heute, was sich unter den Bedingungen der digitalen Kommunikation verändert, wenn der „Stammtisch“ zum prinzipiell grenzenlosen Facebook-Forum wird und die „analoge“ Einschüchterung nicht mehr so funktioniert wie bisher.)

Parteipolitisch optierten die *Rebellisch-Autoritären* damals in Erst-, Zweit- und Drittpräferenz überdurchschnittlich für die *Republikaner*, von denen sie sich ‚Bewegung‘ in der Politik erhoffen. Im übrigen wählten sie überdurchschnittlich CDU/CSU und durchschnittlich SPD. Der Wind drehte sich jüngst wieder, als Staat und Menschenrechtsbewegungen sich angesichts des terroristischen rechtsextremen Untergrunds und der Zuwanderung als hilflos, zerstritten und ohnmächtig darstellten. Es kam, wie die Leipziger Rechtsextremismus-Studie feststellte, zu einer ‚Enthemmung‘ rechtspopulistischer Wählerinnen und Wähler, die vorher lange Zeit von den Volksparteien der politischen Mitte gebunden worden waren (Decker u.a. 2016).

Neu ist also nicht das autoritäre Potential in der BRD, sondern dessen dauerhafte Mobilisierung in Aktionen und bei Wahlen. Die Leipziger Studie diagnostiziert eine „politische Polarisierung“ (ebd.: 8) zwischen demokratischen und autoritären Einstellungen:

„Die jüngsten Veränderungen im Parteiensystem zeigen weniger einen neuerlichen Anstieg fremdenfeindlicher und autoritärer Einstellungen in der Gesellschaft an, vielmehr findet das seit Jahren vorhandene [...] Potential jetzt eine politisch-ideologische Heimat. ... Während die demokratischen Milieus in der Bundesrepublik stärker und größer werden, entwickeln sich die anderen Milieus in die entgegengesetzte Richtung: offensiv vertretene völkisch-nationale Positionen werden dort als genauso akzeptabel angesehen wie Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung.“ (Ebd.: 8)

Die *rechtspopulistische AfD* hat bei Wahlen (mit regionalen und örtlichen Unterschieden) ein größeres, bis in die Volksparteien hineinreichendes Umfeld mobilisieren können. Sie hat ihre rassistischen und militant-autoritären Positionen durch eine Rhetorik der „political correctness“ verdeckt und statt dessen vor allem die *ethnozentrischen* Einstellungen (insbesondere die Vorbehalte gegen die Zuwanderung und das Asylrecht, s. Abb. 11) in den anderen ideologischen Lagern, die *keinen autoritären Staat* wollen, angesprochen. Mit dem Aufstieg von Pegida und AfD hat nun eine neue Runde im Kampf darum begonnen, welche Seite das Gesetz des Handelns bestimmen kann.

6. Zwischen Opposition und Establishment Progressiver Idealismus als egalitäre und als elitäre Ideologie

Auch bei den Lagern, die besonders aus den Protestbewegungen der Sechziger und Siebziger Jahre hervorgegangen sind, können zwei verschiedene Richtungen unterschieden werden, die nach Herkunft und Ideologie verschiedenen Klassenfraktionen zuzuordnen sind.

Das Lager der *Radikaldemokraten* vertritt eine progressive Reformpolitik, die inzwischen mehr von oben, von einer ‚Elite‘ in leitenden institutionellen Positionen ausgeht. Sie will vor allem eine Gleichstellung aller sozialen Gruppen in ihren *politischen* Rechten und im Sinne der postmateriellen Ziele der Ökologie-, Friedens-, Zuwanderungspolitik usw.

Demgegenüber ist die progressive Politik, die das Lager der *Sozialintegrativen* vertritt, eindeutig egalitär orientiert. Sie geht mehr von einer selbsttätigen Basis und dem Engagement in vorpolitischen Aktivitäten, sozialen Initiativen, Institutionen und Bewegungen aus. Auch die *Sozialintegrativen* vertreten die politische Gleichstellung und die postmateriellen Ziele, zusätzlich aber auch die inhaltliche *soziale* Gleichstellung, Mitbestimmung und Integration aller, nicht zuletzt auch für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte.

Beide Lager sind aus den Protestbewegungen der Sechziger und Siebziger Jahre gegen die etablierten Autoritäten hervorgegangen. Dabei kam es den einen eher darauf an, an deren Stelle selber zu legitimen Autoritäten zu werden, den anderen eher darauf, Autoritätshierarchien überhaupt abzuschaffen oder wenigstens zu relativieren.

Parteipolitisch führten diese Unterschiede bei Ersteren auch zu Vorstellungen schwarz-grüner bürgerlicher Allianzen und bei Letzteren eher zu Vorstellungen rot-rot-grüner arbeitnehmerorientierter Allianzen.

(5) *Progressiv-solidarische Mitte der modernen Arbeitnehmer: Das sozialintegrative Lager (ca. 13 %)*

Die „Sozialintegrativen“ vertreten ein progressiv-egalitäres Sozialmodell. Sie stehen für Solidarität mit allen sozialen Gruppen, d.h. sowohl für die ‚materielle‘ Verteilungsgerechtigkeit für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte als auch für die ‚postmateriellen‘ Rechte der Zivilgesellschaft, der Frauen, der Ausländer, der Natur usw. Ihrem Ethos einer guten Berufsqualifikation und Arbeitsleistung entsprechen hohe Ansprüche auf Mitbestimmung von unten. Sie plädieren für direkte demokratische Beteiligung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben. Das Lager bindet überwiegend Teile der modernen gesellschaftskritischen Arbeitnehmerschicht, die aus elterlichen Familien von Facharbeitern, Fachhandwerkern und Fachangestellten stammen und deren Traditionen solidarischer Verantwortung fortsetzen möchten. Ihrem kritischen Engagement entspricht eine deutliche Distanz zur Parteipolitik, aber trotz Skepsis doch eine überdurchschnittliche rot-rot-grüne Parteipräferenz. Das Lager stützt sich vorwiegend auf die gut qualifizierten mittleren Milieus der modernen Dienstleistungen und der Sozialberufe sowie der Mitarbeiter der Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Organisationen. Mit seinen solidarischen Werten wird das Lager überdurchschnittlich von Frauen bevorzugt.

Die *Sozialintegrativen* repräsentierten zum Befragungszeitpunkt – und repräsentieren sicherlich auch heute – überdurchschnittlich die unteren und mittleren Ebenen der modernen Arbeitnehmerschicht. Jedoch waren zum Befragungszeitpunkt auch immerhin 13% von ihnen den konservativeren *Ständisch-Kleinbürgerlichen Milieus* in der Mitte zuzuordnen. Der überdurchschnittliche Anteil von Realschulabsolventen (27,2%) verweist auf das mittlere Bildungsniveau der *Sozialintegrativen*. Allerdings hatte die jüngere Generation der bis zu 45-Jährigen nicht unerheblich an der Bildungsexpansion teilgenommen; von ihr hatten 1991 bereits 16,2%, dreimal so viel wie von der älteren Generation,

ein Abitur. Mit 58,5% überwogen 'solide' Lehrabschlüsse in beiden Generationen. 58% der Befragten arbeiteten in Angestelltenberufen meist der moderneren Dienstleistungen (Büro-, Verwaltungs-, Medizin-, Bildungs- und Erziehungsberufe). 20% befanden sich noch in Ausbildung. Dies sowie der überdurchschnittliche Anteil von 18% Teilzeitbeschäftigten (Durchschnitt: 6%) erklärt die niedrigen persönlichen und die mittleren Haushaltseinkommen. Überwiegend stammten die *Sozialintegrativen* elterlicherseits aus Milieus der praktischen Intelligenz, in denen die Väter meist Facharbeiter- und Fachhandwerker, die Mütter meist Fachangestellte waren. Mit 60% waren die Frauen bei den *Sozialintegrativen* in der Mehrheit.

Der Altersschwerpunkt der *Sozialintegrativen* lag 1991 noch bei den 20-29-Jährigen, das Durchschnittsalter bei 37 Jahren. Dabei fanden sich in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittliche Anteile von Ledigen und von erwerbstätigen Singles. Der hohe Anteil von Jüngeren verweist darauf, dass das Lager durch die jugendlichen Protestbewegungen der Sechziger und Siebziger Jahre besonderen Zulauf bekommen hatte. Er erklärt auch, dass die *Sozialintegrativen* in ihren Lebensformen und geselligen Aktivitäten meist geselligen, erlebnisorientierten Verhaltensmustern der Jugendkultur mit dem Ziel der Zerstreuung und Entspannung folgten. Dass sie dabei durchaus auf konventionelle Muster der Geselligkeit zurückgriffen, deutet darauf hin, dass sie sich trotz ihres relativen Bildungsaufstiegs nicht distinktiv von ihren Herkunftsmilieus abgrenzten. Die Einbeziehung konventioneller Formen der Geselligkeit in Familie, Verein und Gemeindezentrum dokumentiert, ebenso wie partielle Engagements in kulturellen und politisch-sozialen Aktivitäten, eine von distinktiven Abgrenzungen und ausgrenzenden Ressentiments weitgehend freie soziale Kompetenz, Offenheit und Erlebnisorientierung.

Ihrer Herkunft entsprechend konzentriert sich ihr Beteiligungsverhalten eher auf das soziale als auf das politische Feld. Das Gesellschaftsbild ist egalitär und von moralischen Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen für ein Leben nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer sozialen und ethnischen Herkunft. Wie auch die Gruppe der *Radikaldemokraten* verurteilen die *Sozialintegrativen* ausländischer- oder frauenfeindliche Chauvinismen und erstreben sie die Aufhebung bestehender Benachteiligungen – aber weniger elitär und stärker aus einer Perspektive ‚von unten‘. Denn ihre Wahrnehmung und Kritik sozialer Ungleichheit ist mit einer ausgeprägten Arbeitnehmer- und Sozialstaatsorientierung verbunden.

Zum Befragungszeitpunkt fand mit 86% (Durchschnitt: 64,2%) fand z.B. die Ansicht Zustimmung, dass "das Profitdenken der Unternehmer einer Lösung des Arbeitslosenproblems im Wege" stehe. 94,1% meinten (Durchschnitt: 80,4%), dass sich die Arbeitnehmer mit Streiks gegen Entlassungen zur Wehr setzen sollten. Diesen Positionen entsprach ein relativ hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad (18,7%; Durchschnitt: 15,9%), vor allem in den jüngeren Altersgruppen bis 45 Jahre (20,8%; Durchschnitt dieser Altersgruppen: 16,7%). Die Forderung nach einem Ausbau des Mitspracherechts der Gewerkschaften unterstützten 64,7% (Durchschnitt: 49,9%), die Forderung nach einem Ausbau des Mitspracherechts am Arbeitsplatz sogar 89,1% (Durchschnitt: 69,9%).

Das Leistungsprinzip wird nicht sozialdarwinistisch, sondern als fachliche Qualifikation und persönliche Verantwortung für das eigene Handeln verstanden und als Regelungsmechanismus der Arbeitsbeziehungen befürwortet. Jedoch sollte, wie zur Zeit der Befragung 94,3% meinten (Durchschnitt: 83,8%), der Staat die Verpflichtung haben, "die sozial Schwachen unbedingt abzusichern". Sozial parasitäres Verhalten und rücksichtsloser Egoismus wurden gleichermaßen abgelehnt.

Nach Auffassung der Sozialintegrativen soll im Arbeitsleben wie auch in der Politik das Prinzip der Selbstorganisation durchgesetzt werden. Dabei bevorzugen sie unkonventionelle Politikformen mit einer stärkeren persönlichen Beteiligung. Allerdings fielen zur Zeit der Befragung hier Anspruch und Realität auseinander. Obwohl stärker im Freizeitbereich und sozial engagiert als andere Gruppen der Stichprobe, lagen sie mit ihrer Bereitschaft zu politischen Aktivitäten nur leicht über dem Durchschnitt. Das mochte mit ihrer habituellen Distanz zur Berufspolitik und damit zu tun haben, dass sie sich von der Politik in hohem Maße enttäuscht fühlten, weil Wahlversprechen nicht eingehalten würden (83,1%; Durchschnitt: 64,7%), weil "die Politiker viele Probleme unnötig komplizieren" (92,7%; Durchschnitt: 77,2%) oder weil "in der Politik selten etwas geschieht, was dem kleinen Mann nützt" (84,8%; Durchschnitt: 66,7%). Sie wünschten sich eine bessere Durchschaubarkeit politischer Prozesse und plädierten für 'unkomplizierte' pragmatische Lösungen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme. Besonders groß war die Distanz zu politischen Parteien, bei denen Anständigkeit und Bürgernähe vermisst wurden. Kritisiert wurden deren Machterhaltungsinteressen und Bereicherungsstrategien.

Auch aus dem Lager der *Sozialintegrativen* gab es bei der Befragung viel Zustimmung zu Statements, die dann unter Parteien- und Politikerverdrossenheit subsumiert werden (Faktor 3, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 39). Aber die Kritik an der etablierten Politik ist im Gegensatz zu den autoritätsorientierten Lagern entschieden demokratisch und solidarisch motiviert, d.h. insbesondere mit einer hohen Zustimmung zur sozialstaatlichen und gewerkschaftlichen Solidarität und zur basisdemokratischen Partizipation verbunden (Faktoren 5 und 8, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 39-40).

Die parteipolitischen Sympathien galten bei aller Skepsis überdurchschnittlich der SPD und die *Grünen*, durchschnittlich der FDP und unterdurchschnittlich der CDU/CSU und den rechtspopulistischen *Republikanern*. 13,4% der wahlberechtigten *Sozialintegrativen* waren nach eigenen Angaben bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990 nicht zur Wahl gegangen. Dies war der höchste konstante Nichtwähleranteil unter allen Gruppierungen.

**(6) Postmateriell-progressive Oberschicht:
Das radikaldemokratische Lager (ca. 11 %)**

Das Lager der Radikaldemokraten, links oben im sozialen Raum, vereint in sich verschiedene linksbürgerliche Kräfte. Sie alle vertreten emphatisch die postmateriellen und demokratisch-zivilgesellschaftliche Ideale, aber viele von ihnen sind weniger sensibel für materielle Benachteiligungen der weniger gut gestellten sozialen Schichten. Entsprechend ist das Lager die Hochburg der Partei der Grünen, der ‚grünen‘ Flügel des Volksparteien und eines gewissen progressiven Neoliberalismus. Als einziges der sechs Lager hat dieses, wie unser Raumbild (Abb. 10) zeigt, kaum Anhänger unterhalb der oberen und aufsteigenden Milieus. Dies hängt offensichtlich mit seiner elitezentrierten Ideologie zusammen. Viele bekennen sich zu einer ausgesprochen asketischen Lebensführung, die ihnen das Gefühl einer moralischen Überlegenheit gegenüber dem ‚Machtdenken‘ der anderen führenden Milieus und dem ‚Materialismus‘ der Masse verleiht.

Die *Radikaldemokraten* sind, wie schon die Generation ihrer Eltern und Großeltern, ganz überwiegend in den akademischen Oberschichtmilieus zu Hause. Sie gehören hauptsächlich zu den modernen progressiven Fraktionen dieser Milieus und als kleinere, aber bedeutsame Minderheit zu den modernen Fraktionen der konservativen oberen Milieus. Ihre Lebensformen und Gesellschaftsbilder drücken den Anspruch einer avantgardistischen Distinktion und oft auch Mission gegenüber den als konformistisch abgewerteten anderen Milieus aus. Die Altersstruktur zur Zeit der Befragung zeigt, dass sich das Lager hauptsächlich in den politischen Generationenkonflikten und Protestbewegungen der Sechziger und Siebziger Jahre gebildet hat.

Mit einem Durchschnittsalter von 36 Jahren (und einem Altersschwerpunkt von 20 bis 39 Jahren) gehörte es 1991 zu den beiden jüngsten Gruppen unserer Stichprobe. In der Bevölkerung bis 45 Jahre stellt es einen Anteil von 14,7%, darüber stellt es nur noch 6,7%. Der jungen Altersstruktur entsprechend waren besonders viele *Radikaldemokraten* in der Ausbildung oder erwerbstätig: 9,4% Schülerinnen und Schüler, 11,4% Studierende, 45,7% voll Berufstätige, 15,3% teilweise Berufstätige und/oder Arbeitslose.

Dabei zeichneten sich die Angehörigen des Lagers, wie in der Regel schon ihre Eltern, durch hohes kulturelles Kapital und ökonomisches Kapital aus, und zwar durch deren moderneren und modernsten Formen. Sie sind insofern Gewinner der sozialstrukturellen Modernisierungen und damit ein Hauptgegner der Rechtsradikalen, die mit diesen Modernisierungen auf Kriegsfuß stehen.

Während 1991 im Durchschnitt aller Befragten 1991 nur 13,8% über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügten, lag diese bei den *Radikaldemokraten* mit 46,5% erheblich höher. Dies galt für alle Altersgruppen. Die höhere Bildungsteilnahme ist aber nicht erst während der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre entstanden. Bereits die Eltern der *Radikaldemokraten* hatten ein überdurchschnittliches Bildungsniveau. Ein gewisser Bildungsaufstieg kann allerdings für die Frauen angenommen werden, da das Bildungsgefälle zwischen den Geschlechtern sich in den jüngeren Generationen der bis 45-Jährigen stark verringert hat.

Besonders viele arbeiteten überwiegend als qualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte. Mit 4,2% (Durchschnitt aller Befragten: 1,3%) waren sie in den freien Berufen besonders überdurchschnittlich vertreten. Ebenso waren sie in den modernisierten und neuen Dienstleistungsberufen überrepräsentiert, aber keineswegs nur im kulturellen Segment der Berufsstruktur (s. Abb. 4 in Teil I dieser Analyse). So arbeiteten sie in den Bildungs- und Erziehungsberufen mit 16,3% (Durchschnitt: 5,7%), in der technischen Intelligenz mit 10,7% (4,4%), bei den Kunst- und Kulturvermittlern mit 3,7% (0,8%), in den Rechts- und Sicherheitsberufen mit 3,4% (1,8%) sowie in den Medizinberufen mit 5,9% (3,5%).

Als Bildungselite mit den vergleichsweise höchsten Haushaltseinkommen (41% gaben 1991 ein monatliches Haushaltseinkommen von mehr als 4.000 DM an, während dies im Durchschnitt der Stichprobe nur bei 28% der Fall war) repräsentieren die *Radikaldemokraten* gehobene bzw. bessersituierte jüngere Teile der Mittelklassen, insbesondere des Alternativen Milieus (33,2%), der Milieus der akademischen Intelligenz (25,5%) und von Macht und Besitz (14,5%) und des Hedonistischen Milieus (13,8%).

Die Lebensformen und gesellige Aktivitäten verweisen auf eine überdurchschnittliche soziale Integration. Zum Zeitpunkt Befragung, 1991, herrschten dabei noch betont nonkonformistische und avantgardistische Formen vor. Häufiger als andere praktizierten die *Radikaldemokraten* neue Formen des Zusammenlebens in Wohngemeinschaften, Ehen ohne Trauschein usw. Gegenüber anderen Gruppen der Stichprobe schienen sie die traditionellen geschlechtsspezifischen Formen der Arbeitsteilung eher überwinden zu können, da trotz gemeinsamer Kinder häufig beide Partner erwerbstätig waren. In den mittleren und älteren Generationen fanden sich überdurchschnittlich viele Alleinlebende.

Die Geselligkeiten mit Nachbarn, Freunden und Bekannten wurden von ihnen in modernt-anspruchsvollen Formen der Distinktion praktiziert. Ihre selbstbewussten und individualisierten Lebensstile waren auf unkonventionelle „Erlebnisorientierung“ ausgerichtet und zugleich kommunikativ-anspruchsvoll stilisiert. Beispielsweise bevorzugten sie gegenüber der konventionellen Enge familiärer Bindungen das Erweitern ihrer Erfahrungshorizonte über zum Teil ausgefallene Freizeit- und anspruchsvolle Kulturpraktiken. 51,5% (Durchschnitt: 48%) bekannten sich zum Protestantismus; 10,5% waren konfessionslos (Durchschnitt: 5,5%).

Die *Radikaldemokraten* zeigen unter allen Befragten das stärkste politische Interesse. Zur Zeit der Befragung interessierten sich nur 8% "weniger" oder "gar nicht" für Politik. Entsprechend groß war ihre Bereitschaft, sich zu informieren oder selbst politisch aktiv zu werden. Etwa ein Fünftel war regelmäßig im politischen und sozialen Feld engagiert. Ihr Engagement realisierten sie professionell und zumeist in institutionellen Bahnen. Für viele waren die Bürgerbeteiligung und die Parteipolitik seit den 1970er Bewegungsjahren bis zur Zeit der Befragung von 1991 zunehmend eine professionelle und oft hauptberufliche Tätigkeit geworden, die direkt oder indirekt mit ihrem beruflichen Broterwerb verbunden war. Daraus erklärt sich auch, dass bei ihnen jetzt, im Gegensatz zu den *Sozialintegrativen*, von Politikverdrossenheit oder politischer Entfremdung kaum etwas zu spüren war. Ihre Hauptanliegen, die Verteidigung demokratischer Grundrechte und Freiheiten sowie der Ausbau politischer Partizipationschancen für den Einzelnen, waren nun fest verankert. Obwohl sie die Glaubwürdigkeit und Kompetenz politischer Institutionen gegenüber Ressentiments verteidigten, sparten sie nicht mit Kritik an überwiegend konventionellen Politikformen. Denn aus der Abgrenzung von den vorherrschenden konventionellen Ideologien und Anschauungen gewannen sie ihre politische Identität.

Im Vordergrund standen programmatisch nicht zuletzt die Benachteiligungen nach Geschlecht und ethnischer Herkunft. Die *Radikaldemokraten* bekannten sich zu einer offenen multikulturellen Gesellschaft und verurteilten wohlstandschauvinistische und ausländerfeindliche Haltungen scharf. Dass ihr Verhältnis zu den ethnischen Minderheiten nicht von Ängsten um soziale Besitzstände geprägt war, konnte nicht zuletzt aus ihrer eigenen privilegierten sozialen Lage erklärt werden. Sie plädierten zu 66,6% für die Einführung des Ausländerwahlrechts (Durchschnitt: 31,9%) und setzen auf politische Lösungen in der Frage der Integration kultureller und ethnischer Minderheiten.

Gegenüber dem rücksichtslosen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sozialdarwinistischer Art bekannten sie sich zu dem Ideal des Schutzes der sozial Schwächeren. Gegenüber der Vorstellung, soziale Unterschiede seien über Leistungen legitimiert, weisen sie auf die bestehenden Chancenungleichheiten in der Gesellschaft, insbesondere auf die Benachteiligungen von Frauen und Zuwanderern, also Benachteiligungen auf Grund leistungsfremder Merkmale. Insgesamt war allerdings die Einstellung zum Leistungsprinzip durchaus zwiespältig: Obwohl sie sich gegen die Leistungsideologie aussprachen, problematisierten sie nur wenig die bestehenden beruflichen Hierarchien – und damit ihre eigenen gutsituierten Positionen darin – und die Probleme niedriger Arbeitnehmerpositionen.

Ihre hohe Sensibilität für die sogenannten ‚neuen sozialen Ungleichheiten‘ korrespondiert mit einer gewissen Blindheit für ‚alte soziale Ungleichheiten‘. Die Belange der Arbeitnehmer traten in den Hintergrund und wurden von ihnen nicht mit derselben Entschiedenheit unterstützt wie etwa die Interessen von Frauen oder von ethnischen Minderheiten. Zur Zeit der Untersuchung entsprachen dem ihr geringer gewerkschaftlicher

Organisationsgrad von 11,1% (Durchschnitt: 15,9%) und ihre überdurchschnittliche Ablehnung traditioneller gewerkschaftlicher Anliegen. Die Gewerkschaftsbindung in den jüngeren Generationen der *Radikaldemokraten* war weit geringer als in den älteren Generationen: Mit 8,1% hatten sie in den Altersgruppen bis 45 Jahre den niedrigsten Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern (Durchschnitt: 16,7%). Diese relative Ferne zu traditionellen Arbeitnehmerinteressen erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die *Radikaldemokraten* nur geringe sinnliche Wahrnehmungen nach 'unten' haben, da sie sich, wie in der Regel schon ihre Eltern, in relativ privilegierten und sicheren sozialen Positionen bewegen.

Die *Radikaldemokraten* zeigten 1991 unterdurchschnittliche Sympathien für die CDU/CSU und die rechtspopulistischen *Republikaner* und überdurchschnittliche Sympathien bzw. Erstpräferenzen nicht nur für die *Grünen*, sondern auch für die SPD und die FDP, zumal in diesen damals schon ‚postmaterialistische‘ Ziele (die Ökologie- und Friedenspolitik und die Gleichstellung von Frauen, Zuwanderern und Minderheiten) nicht wenig Resonanz hatten. Zudem zeigten sich zur Zeit der Befragung bereits die Keime der Entstehung eines modernisierten Konservatismus vor allem in den urbanen Klientelen der CDU, der später deren Öffnung zu den *Grünen* motivieren sollte. In den gehobenen bürgerlichen *Milieus von Macht und Besitz* zeigten sich Anfänge eines Generationswandels: Nur 7,1% der in diesen Milieus Befragten über 45 Jahre, aber 33% der Befragten bis 45 Jahre bekannten sich bereits zu postmaterialistischen Positionen.

7. Realisten der modernen Arbeitnehmerschicht: Skepsis gegenüber der ‚großen Politik‘ und den ‚großen Ideologien‘

Die *Skeptisch-Distanzierten* nehmen eine Sonderstellung ein. Im Gegensatz zu allen anderen Lagern sind sie gewissermaßen ein *gegen große Ideologien immunes Lager*. Zu ihnen gehören insbesondere Arbeitnehmer mit guten mittleren Qualifikationsstandards als Facharbeiter und Fachangestellte. Mit den *Gemäßigt-Konservativen* gehören sie zu den beiden größten Lagern, die jeweils fast ein Fünftel der Bevölkerung umfassen. Die Grundhaltung der *Skeptisch-Distanzierten* ist geprägt von kompromissloser Distanz zur etablierten Politik und zu den von ihnen vertretenen großen Ideologien. Diese Haltung hat angesichts der Krise der Parteien heute wieder besondere Aktualität. Sie ist aber nicht neu, sondern beruht auf erheblich älteren historischen Traditionen, die in den Volksmilieus lebendig geblieben sind. Die *Skeptisch-Distanzierten* halten sich damit zurück, eine eigenen zusammenhängenden Zielvorstellung von der sozialen Gesamtordnung zu artikulieren. Sie bilden daher auch nicht das Reservoir einer bestimmten Gesellschaftspolitik wie die anderen Lager.

Diese skeptische Distanz ist keineswegs auf politisches Desinteresse gegründet, sondern eine eigenständige, in den Milieus überlieferte und gefestigte Haltung. Die *Skeptisch-Distanzierten* bilden zwar kein ideologisches Lager, aber doch das Lager einer stabilen Alltagsmoral und darin mittelbar begründeter politischer Ansprüche. Es ist die Moral der gegenseitigen Solidarität. Diese Solidarität bedeutet nicht Kollektivismus um jeden Preis, sondern folgt der alten Volkstradition der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe von ansonsten unabhängigen Zusammenlebensgemeinschaften und der Nothilfe für unverschuldet in Not Geratene, wie sie Max Weber (1972 [1921]: 216) charakterisiert hat. Damit besteht eine partielle Ähnlichkeit mit dem Lager der *Sozialintegrativen*, für das ebenfalls die Solidarität im Alltagsleben grundlegend ist und das ebenfalls im

sozialen Raum seinen Schwerpunkt in der modernen, gut qualifizierten und leistungsfähigen Arbeitnehmermitte und in Teilen der benachbarten Milieu hat (s. Abb. 10).

**(7) Zwischen Tradition und Modernisierung:
Das Lager der Skeptisch-Distanzierten (ca. 18 %)**

Die ‚Skeptisch-Distanzierten‘ sind in den mittleren Arbeitnehmermilieus der qualifizierten Facharbeiter und Fachangestellten zu Hause, vor allem in deren modernen Fraktionen, aber teilweise auch in deren kleinbürgerlichen Fraktionen (Abb. 10). Trotz der Verschiedenheit dieser Milieus¹¹ haben sie etwas Gemeinsames. Sie befinden sich in einer von begrenztem Aufstieg charakterisierten mittleren Stellung zwischen den Traditionen ihrer Herkunft und der Modernisierung der sozialen Strukturen in der BRD. Sie erleben diese Konstellation als teils herausforderndes und teils verunsicherndes Spannungsfeld. Sie verarbeiten dies mit einem ‚Engagement vor Ort‘ und gleichzeitig einer desillusionierten und skeptischen, aber bei der großen Mehrheit von ihnen nicht undemokratischen Distanz zur ‚großen Politik‘ und zu den gängigen gesellschaftspolitischen Modellen von rechts über die Mitte bis links.

Sie sind dabei nicht ‚unpolitisch‘ oder ‚politisch apathisch‘. Vielmehr engagieren sie sich selbstbewusst und mitunter ausgesprochen aktiv in den vorpolitischen Feldern des Arbeits- und Alltagslebens. Sie vertreten dort das praktische Sozialmodell der Solidarität auf Gegenseitigkeit, das hohe Leistung durch Teilhabe an Wohlstand und sozialer Sicherheit belohnt, aber durch die Wirtschaftskrise und die Politik der wirtschaftlich und politisch Mächtigen gefährdet ist. Ihre seinerzeit überdurchschnittliche Neigung zur SPD ist zunehmend enttäuscht worden.

Als Angehörige der modernen und teilweise der kleinbürgerlichen Arbeitnehmermitte waren sie insbesondere herausgefordert von der Modernisierung der Berufe, der Bildungsstandards und der Lebensweisen. Ihre Eltern hatten noch überwiegend zur Handwerker- und Arbeiterschaft gehört. Von den Vätern der Angehörigen des Lagers zur Zeit der Befragung waren 57% Arbeiter und 18% Angestellte (Durchschnitt aller Befragten: 53% bzw. 17,5%). Bei den *Skeptisch-Distanzierten* selber hatte sich diese Zusammensetzung zum Befragungszeitpunkt schon zu Berufen in den Dienstleistungen und mit mittleren Einkommen verschoben. Zwar waren viele noch als Vor- und Facharbeiter tätig. Aber der Anteil an Beamten hatte zugenommen. Der Anteil an qualifizierten Angestellten in technisch-industriellen Berufen und im Bereich Handel, Banken und Versicherungen lag sogar schon über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Entsprechend hatte die jüngere Generation an der Bildungsexpansion teilgenommen. Von den über 45-Jährigen waren noch 74,9% nicht über den Volksschulabschluss hinausgelangt, von den unter 45-Jährigen aber nur noch 37,5%. Bei Letzteren hatte sich der Anteil der Realschulabsolventen auf 31,2% und der Fachabiturienten auf 3,9% erhöht. Dieser Bildungsaufstieg

¹¹ 20% von ihnen sind dem *Hedonistischen Milieu* zuzurechnen, 19,5% dem *Unterprivilegierten Arbeitnehmermilieu*, 16,2% dem *Leistungsorientierten Milieu* und 13,1% den *Milieus der akademischen Intelligenz*. Die sich über die untere Hälfte des gesellschaftlichen Spektrums erstreckende Heterogenität dieser Gruppe zeigt sich darin, daß 25% ihrer Akteure traditionellen Milieus zuzuordnen sind, wobei die *ständisch-kleinbürgerliche Milieus* mit 18,9% am stärksten vertreten sind.

war zwar begrenzt, hatte aber doch die *Skeptisch-Distanzierten*, wie übrigens auch die *Sozialintegrativen*, insgesamt auf ein gutes mittleres Bildungsniveau gehoben.

Das Durchschnittsalter lag mit 42 Jahren nur leicht unter dem der Stichprobe, wobei die Altersgruppen von 20 bis 39 Jahren leicht überrepräsentiert waren. Die Altersstreuung war also breit, und dem entsprach, dass auch die Gruppen der Erwerbstätigen, der Rentner, der Nur-Hausfrauen und der Auszubildende jeweils etwa durchschnittlich vertreten waren.

Die *Skeptisch-Distanzierten* schienen sich ihrer sozialen Standards und ihrer gesellschaftlichen Verortung zum Befragungszeitpunkt noch nicht ganz sicher zu sein. Auch hier befanden sie sich im Übergang. Im Spannungsfeld zwischen modernisierten Lebensführungen – relativ viele erwerbstätige Singles und Doppelverdienerhaushalte – und den kulturellen Mustern ihrer Herkunft bevorzugten sie bestätigende Formen der Gesellung im Freundeskreis. Sie hielten einerseits schon bewusste Distanz zu den konventionellen Familien- und Nachbarschaftsorientierungen, waren aber andererseits doch in der Konfrontation mit neuen Lebensstilen um ihre soziale Anerkennung besorgt. Die dabei entstandenen Unsicherheiten wurden nur zu einem geringen Teil über offene Ressentiments gegenüber den moderneren Milieus zum Ausdruck gebracht. Eher überwog der Rückzug in den Freundeskreis und zu einem geringeren Teil in die Selbstisolation.

Dem Rückzug auf die eigenen, sich vorsichtig modernisierenden Milieus entsprach auf der anderen Seite eine deutlich skeptische, zuweilen zynische Distanz gegenüber etablierten Politikern und politischen Institutionen (Faktor 10 der Auswertung mit Statements wie: „Wirklich fähige Leute gehen nicht in die Politik, weil man da nicht genug verdient.“, s. Anhang II/S. 40). Dass es sich dabei teilweise um eine grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber der ‚großen Politik‘ handelte, offenbarte die in gleichem Atemzug genannte Skepsis gegenüber den alternativen Bewegungen und ihren unkonventionellen Politikformen. Einerseits kritisierten sie diese wegen ihrer Selbstidealisierungen und ihres elitären Habitus. Andererseits trauten sie den konventionellen politischen Parteien nicht zu, Lebensstandard und soziale Sicherheit auf Dauer zu gewährleisten. Ebenso wie sie die Schlagworte der Leistungsideologie ablehnten, zeigten sie sich gegenüber den Versprechungen des Sozialstaats grundsätzlich misstrauisch. Übrig blieb häufig eine teilweise polemische und teilweise resigniert illusionslose Wahrnehmung der Gesellschaft, in der sich nach ihrer Auffassung die Stärksten durchsetzten. So befürchtete etwa die Hälfte dieser Gruppe, ihren heutigen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht aufrechterhalten zu können.

Es ist anzunehmen, dass diese Grundhaltung der *Vorsicht* auch erhebliche Vorbehalte gegen die forschen Parolen der neoliberalen ‚Reformen‘ impliziert. Schon die Sprache der neoliberalen „Reformen“ hatte nichts mit ihrem Geschmack und ihren Erfahrungen zu tun. Die Leitbilder von „Kreativen“, „Start-Ups“, „Ich-AGs“, „Flexibilität“ sind Angebote und Forderungen aus Habitus-Dispositionen der Elite-Gruppen. Ihre Ressourcen waren nie so üppig, dass sie sich gegen ihre Vorsicht auf riskante Experimente einlassen konnten, zumal das propagierte "Fordern und Fördern" sich überwiegend als Fordern bzw. Verzicht herausgestellt hat.

Trotz der durchgehend skeptischen Grundhaltung haben die *Skeptisch-Distanzierten* Zeit der Befragung wohlstandschauvinistische Ressentiments gegenüber Ausländerinnen und Ausländern eher abgelehnt (Faktor 1, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 38). Allerdings waren die traditionalistischen Vorbehalte ihrer Herkunftsmilieus gegenüber

Gleichberechtigungsansprüchen von Frauen in der Politik und im Erwerbsleben noch nicht überwunden. Obwohl die *Skeptisch-Distanzierten* sich auch den Statements der traditionellen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsorientierung nicht mehr vorbehaltlos anschlossen (Faktor 5, s. Abb. 11/S. 32 u. Anhang II/S. 39), waren sie gewerkschaftlich engagiert. 17,7% waren Mitglied einer Gewerkschaft (Durchschnitt: 15,9%); 5% gaben an, sich mindestens einmal monatlich an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen oder im Betriebs- bzw. Personalrat zu engagieren (Durchschnitt: 4,3%). Diese Hinweise korrespondieren mit der Aussage, für Politik durchaus Interesse aufzubringen, ohne dabei das Gefühl eigener politischer Inkompetenz haben zu müssen. Entsprechend überdurchschnittlich war ihr Engagement: 16% waren nach eigenen Angaben regelmäßig im sozialen Feld (Durchschnitt: 14%) und 12% im politischen Feld (Durchschnitt: 7,5%) engagiert.

Ihre parteipolitischen Präferenzen waren zum Befragungszeitpunkt leicht überdurchschnittliche für die SPD, durchschnittlich für CDU/CSU und FDP und unterdurchschnittlich für die *Grünen*. In den jüngeren Generationen der bis 45-Jährigen existierten auch etwas deutlichere Sympathien für die *Grünen* und für die FDP, von kleineren Minderheiten aber auch für die rechtspopulistischen *Republikaner* und das Nichtwählen.

8. Konfliktlinien und Allianzen im politischen Feld: Rechtspopulistische und demokratische Mobilisierungspotentiale

Das Gesamtbild der Lager ist, wie die Beschreibungen gezeigt haben, äußerst komplex. Es ließ sich aber, wie die Abbildung 9 (Seite 8) zeigt, ordnen, indem wir die Lager in einem sozialen Raum verortet haben, der ihre Beziehungen zueinander sichtbar macht.¹²

¹² Welche Handlungsorientierungen dabei ins Spiel kommen können, ist schon an den einzelnen Lagerbeschreibungen deutlich geworden. In jedem Lager überschneiden sich verschiedenartige äußere Bedingungen und innere Orientierungen. Im Zuge des gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels (der „Modernisierung“) verändern sich die äußeren Bedingungen, und das fordert die Orientierungen der Menschen heraus. So konnten für jedes Lager Verarbeitungs- und Lernprozesse beschrieben werden, in denen die Menschen trotz des Wandels ihre Stellung im Gefüge der Gesellschaft zu sichern suchen, die erwähnten Strategien der Umstellung oder Strategien der Konversion, wie Bourdieu (1982 [1979]: 210ff) es nennt.

Die Darstellung räumlichen Gesamtgefüges der Lager wird dadurch erschwert, dass die Merkmale jedes Lagers jeweils nicht homogen sind und sich über die Zeit verschieben. Außerdem haben sie örtlich verschiedene Schwerpunkte. Dadurch ergeben sich nach Regionen und Ländern verschiedene Hochburgen der Lager und damit der politischen Parteien (wie zwischen Nord-, Süd- und Ostdeutschland oder zwischen urbanen und ländlichen, zentralen und peripheren Räumen). Zudem können aufgrund ihrer vielseitigen und oft widersprüchlichen Orientierungen die Lager unter bestimmten Bedingungen auch in verschiedene parteipolitische Richtungen mobilisiert werden (wie z.B. in Baden-Württemberg).

Aber dies sind nur Strukturgefälle und Strukturverschiebungen innerhalb der gleichen Grundstruktur. Die Lagerbeschreibungen haben es erlaubt, diese Grundstruktur in Anlehnung an Bourdieu mit Hilfe von zwei räumlichen Achsen übersichtlich zu machen. Auf der horizontalen Achse lassen sich die politischen, auf der vertikalen Achse die sozialen Teilungen verorten. Dieses Raumbild ist stark vereinfacht in Abb. 9 dargestellt:

Horizontal zeigt sich eine Art Rechts-Links-Spektrum, das von den Rechtsextremen über die Konservativen und Establishment-Resistenten bis zu den Linksprogressiven reicht. Dieses Spektrum steht gleichzeitig für Unterschiede zwischen sozialgeschichtlich älteren (v. a. ständischen), mittleren (in der Umstellung auf Modernisierungen befindlichen) und jüngeren (erst nach „1968“ aufgestiegenen) Lagern.

Vertikal ordnen sich diese vier Gruppen dann jeweils einem eher arbeitnehmerorientierten Lager und (mit der Ausnahme der *Skeptisch-Distanzierten*) auch einem, Oberschichtorientierten Lager zu. Die Angehörigen

In diesem Gesamtfeld können dann die verschiedenen Trennlinien („cleavages“) und Bewegungen („Dynamiken“) ausgemacht werden. Dazu ist in der Abbildung zu jedem Lager eine Auswahl von Einstellungen zu Einzelfragen angegeben, die für die gegenseitige Anziehung und Abstoßung heute politisch bedeutsam sind. Von der Einstellung zu Fremden und kulturell Andersartigen hängt besonders ab, wen die Rechtspopulisten für sich mobilisieren können oder nicht. Es ist die Dimension des „Ethnozentrismus“, unter der im soziologischen Mainstream die Bevorzugung der eigenen sozio-kulturellen Gruppe verstanden wird. Die Bevorzugung der Eigengruppe *kann, muss aber nicht* mit der aggressiven Abwertung und Ausgrenzung der anderen Gruppen, verbunden sein. Letztere ist eine andere, davon unabhängige Dimension. Die bekannten Untersuchungen zum Rechtspopulismus machen diese Unterschiede in den Raumachsen und in den Einstellungsdimensionen häufig nicht, so dass ihre Ergebnisse auch nicht direkt mit den unseren vergleichbar sind.

Dies gilt insbesondere für die *Leipziger Mittestudie* (Decker u.a. 2016) und die *Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung* (Zick u.a. 2016). Die Engführung der Untersuchungsmethode bei ihnen ist vornehmlich durch ihre *Fragestellung* bedingt. Während wir nach dem Gesamtfeld der Gesellschaftspolitik fragen, konzentriert sich ihr Erkenntnisinteresse auf die Unterschiede zwischen demokratischen und antidemokratischen Einstellungen und auf die Verluste der Volksparteien der Mitte an den rechten Rand. Die Befragungsergebnisse unterscheiden sich daher etwas, wenn auch nicht sehr erheblich von den unseren.

Die beiden Studien zum Rechtspopulismus beschränken sich auf die horizontale Achse des sozialen Raums. Auf dieser geben sie, auch in Punktzahlen, die Unterschiede zwischen demokratischen und antidemokratischen Einstellungen an. Dagegen fehlt die vertikale Achse, auf der die Orte im sozialen Oben und Unten bestimmt werden können. Insofern können die Untersuchungen die soziale Verortung der rechtspopulistischen Potentiale nicht eindeutig angeben.

Zudem unterscheiden sie bei den Einstellungen zu den Fremden nicht trennscharf zwischen der Bevorzugung der Eigengruppe (dem Ethnozentrismus) und der Frage, wie weit diese mit feindseligen, menschenverachtenden Aggressionen verbunden ist. Sie setzen den Ethnozentrismus von vornherein weitgehend mit Fremdenfeindschaft gleich. Demgegenüber waren die Statementbatterien unserer Untersuchung mehrfach breiter angelegt (mit 45 Statements gegenüber den 18 Statements der anderen Studien), so dass in der Faktorenanalyse deutlich mehr Einstellungsdimensionen unterschieden werden konnten. So wurde die Bevorzugung der Eigengruppe mit dem Faktor „Inselsyndrom“ und die aggressive Abwertung anderer mit dem Faktor „Sozialdarwinismus/Verteidigung der Leistungsideologie“ erfasst (s. Abb. 11/S. 3 und Anhang II, S. 38; im Einzelnen: Vester, von Oertzen, Hermann u. Müller. 2015 [1993]: 433f u. 430-472). Die Bevorzugung der Eigengruppe und der Sozialdarwinismus wurden nur in zwei unserer sieben Lager zusammen (gleichsam im „Paket“) positiv bewertet, und zwar bei den rechtsextremen *Rebellisch-Autoritären* und bei den *Traditionell-Konservativen* (siehe Abb. 11).

Durch die Unterscheidung der Dimensionen konnten wir herausarbeiten, dass es zwar durchaus ein Spektrum von den negativen bis zu den positiven Haltungen zu sozio-kulturellen Fremdgruppen gibt. Wie die Abbildung 9 zeigt, reicht es vom Fremdenhass über die Fremdenabwehr und die Fremdenfurcht zum Fehlen der Ablehnung von Fremden und schließlich zu einer stark bejahten Multikulturalität. Aber dieses Spektrum ist kein lineares, eindimensionales Kontinuum. Es bildet keine schiefe Ebene, die für die Rechtspopulisten, wie diese selbst verkünden, bei geeigneter Propaganda eine Siegesstraße ist.

Tatsächlich ist die Einflußzone der Rechtspopulisten begrenzt. Sie ist erstens auf drei der Lager beschränkt (in Abb. 9 grau unterlegt). Zweitens haben sie nur in einem von diesen, bei den Rechtsextremen („Fremdenhass“), ein Heimspiel. In den anderen beiden Lagern konkurrieren sie mit den Volksparteien, die dort lange ihre Hochburgen hatten. Sie haben

des oberen Lagers vertreten oder fordern eine elitäre Politik von oben, die des unteren eher eine Politik des sozialen Ausgleichs.

dort inzwischen soviel an Bindungskraft verloren, dass zwar nicht alle, aber doch (mit örtlich-regionalen Unterschieden) starke Minderheiten rechtspopulistisch gewählt haben.

Abb. 11 Ideologische Lager und rechtsextremes Potential

| Zuordnung im Raum der ideologischen Lager gemäß Abb. 9 (S. 8) | Ideologische Lager und Modelle der sozialen Ordnung | Faktoren (gemäß Anhang II, Seiten 37-40) | | | | | | Schwerpunkte im Raum der sozialen Milieus gemäß Abb. 10 (S.10), Abb. 8 (S. 36) |
|---|--|--|---|---|---|---|---|--|
| | | (F. 1) Ethnozentrismus / Insel-syndrom | (F. 2) Sozialdarwinismus/ Leistungs-ideologie | (F. 3) Enttäuschung über die etablierte Politik (+) | (F. 5) Traditionelle Arbeitnehmerorientierung | (F. 7) Harmonie-streben und Konflikt-abwehr | (F. 8) Politische Partizipation: Selbst-tätigkeit | |
| Elite-orientierte Modelle Σ ca. 39% Führung | Radikaldemokraten ca. 11% <i>Postmateriell-elitäres Modell: politische Gleichstellung aller Gruppen</i> | - 0,9 | - 0,8 | - 0,6 | + 0,2 | - 0,5 | + 0,2 | progressive Fraktionen der Oberschicht |
| | Traditionell-Konservative ca. 14% <i>Konservativ-elitäres Modell: Hierarchische Führung und Fürsorge</i> | + 0,5 | + 0,2 | - 0,7 | - 0,65 | -0,15 | - 0,85 | Konservative Fraktionen der Oberschicht |
| | Rebellisch-Autoritäre ca. 14% <i>Rechtsextremes Modell: : Recht des Stärkeren und autoritärer Nationalstaat</i> | +0,8 | +0,85 | +0,8 | +0,05 | +0,55 | +0,35 | rechter Rand der Mittelschicht, teilweise der Unter- und Oberschicht |
| Modelle sozialer Gerechtigkeit Σ ca. 61% Sozialer Ausgleich | Sozial-integrative ca. 13% <i>Egalitäres Modell: politische und soziale Gleichstellung aller Gruppen</i> | - 0,7 | - 0,6 | +0,4 | +0,6 | +0,3 | +0,5 | progressive Fraktionen der Arbeitnehmer der Mittelschicht |
| | Skeptisch-Distanzierte ca. 18 % <i>Nachbarschaftliches Modell: Solidarität auf Gegenseitigkeit und Hilfe im Notfall</i> | -0,1 | - 0,3 | + 0,05 | -0,5 | -0,45 | - 0,2 | mittlere Fraktionen der Arbeitnehmer der Mittelschicht |
| | Gemäßigt-Konservative ca. 17% <i>Konservativ-solidarisches Modell: Hierarchie und sozialer Ausgleich</i> | -0,2 | + 0,4 | - 0,5 | + 0,25 | + 0,2 | + 0,2 | konservative Fraktionen der Arbeitnehmer der Mittelschicht |
| | Resigniert-Autoritätsgebundene ca. 13% <i>Protektionistisches Modell: Sozialstaatlicher Schutz vor Unsicherheit und (ausländischer) Konkurrenz</i> | +0,45 | - 0,3 | +0,7 | + 0,2 | + 0,05 | -0,05 | rechter Rand der Mittelschicht, teilweise der Unter- und Oberschicht |

Statistische Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2015 [1993], insbesondere S. 429-472). – Bei der Interpretation der Faktoren ist Folgendes zu beachten:

- Die Werte des Faktors 3 (Enttäuschung über die etablierte Politik) sind besonders durch die gesellschaftspolitische Situation von 1991 bedingt.
- Die Faktoren repräsentieren verschiedene Züge des gleichen Einstellungssyndroms, die miteinander verbunden sind. Sie müssen daher auch im Zusammenhang miteinander interpretiert werden. Beispielsweise ist die Enttäuschung über die etablierte Politik (Faktor 3) bei den *Sozialintegrativen* durch hohe Ansprüche der Solidarität und der Basisdemokratie motiviert (Faktoren 5 und 8), die sie in missachtet sehen. Bei den Rechtsextremen ist sie durch eine extreme sozialdarwinistische Fremdenfeindschaft motiviert (Kombination von Faktoren 1 und Faktor 2), von der aus sie die Zuwanderungspolitik der etablierten Politik ablehnen.

Die rechtskonservativen Politiker sind von zwei Seiten unter Druck gekommen. Um die Abwanderung der modernen urbanen Milieus zu bremsen, öffnet sich die CDU Merkels weiterhin zu den modernen und multikulturellen Lebensstilen. Den Angehörigen des rechtskonservativen Lagers sind diese Stile und Politiken zuwider. Aber sie lehnen auch die aggressive Form der Fremdenfeindschaft bei den Rechtsradikalen ab. Sie vertreten durchaus eine selektive Ausgrenzung der Zuwanderer, aber mit den Mitteln des Rechts, als legalistische und gestufte Ausgrenzung, also nicht als Rassismus, sondern als eine Art „Fremdenabwehr“. Von dieser restriktiven Zuwanderungspolitik, mit der sie die Abwanderung zur AfD bekämpfen wollen, haben aufsteigende Rechtskonservative wie Jens Spahn in der CDU und der Bundesregierung erhebliche Kursverschärfungen durchsetzen können. Auf der anderen Seite kämpfen AfD-Politiker wie Frauke Petry für legalistische Sprachregeln und gegen offen rechtsextreme Propaganda wie die Björn Höckes. Sie versuchen, die rechtskonservativen Wählerinnen und Wähler nicht zurückzustoßen, die sich nach der CDU der Achtziger Jahre zurücksehnen.

Für die strukturell benachteiligten Arbeitnehmer, die das Lager der *Resigniert-Autoritätsgebundenen* ausmachen und von denen ebenfalls starke Minderheiten mindestens als Protestwähler zur AfD übergelaufen sind, haben die Volksparteien sich lange nicht mehr interessiert. Wolfgang Schäuble, der Mentor der jüngeren CDU-Rechten, streitet immer noch die Existenz von signifikanten sozialen Schief lagen in der BRD ab. Frank-Walter Steinmeier, der mit Gerhard Schröder die neoliberale Wende durchgesetzt hatte, argumentierte noch vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten sehr ähnlich, indem er betonte, wie gut es den Deutschen gehe. Die gleichen Positionen verkündet die Ende Februar 2017 schon auf Hochtouren laufenden Kampagne aus der CDU-CSU gegen die Absicht von Martin Schulz, die neoliberale *Agenda 2010* zu revidieren. Aber können AfD-Politiker wie der CDU-Abtrünnige Alexander Gauland immer noch diese Lücke als Einfallstor für rechtspopulistische Propaganda nutzen?

Bisher sind die Abgrenzungslinien am konservativen Pol des politischen Raums nicht eindeutig geklärt. In den Parlamenten von Kommunen und einigen Bundesländern gibt es Zeichen einer fallweisen Kooperation zwischen CDU und AfD. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb, gut informiert über die Entfremdung der Lager, Jasper von Altenbockum am 2.12.2016 über dieses Szenario:

„Entscheidend aber wird sein, wie sich CDU und SPD verhalten. Beide Parteien buhlen wieder um die breite Mittelschicht gut ausgebildeter Facharbeiter, deren Sprache sie nicht mehr gesprochen, deren Interessen sie nicht mehr wahrgenommen, deren Abwanderung ins Reich der Nichtwähler sie in Kauf genommen haben – deren Stimmen sie aber brauchen, um Volksparteien zu bleiben. Ist es dafür schon zu spät? Wenn in einer Zeit beschleunigter Veränderungen eine neue politische Kultur entstanden ist, dann ist es das. Dann bleibt eines Tages nur noch die domestizierende Zusammenarbeit.“

Aus konservativer Sicht nicht ausgeschlossen ist also das hypothetische Szenario einer späteren „Zusammenarbeit“ mit den Rechtspopulisten, um Letztere an zivilisierte Spielregeln zu gewöhnen. Dieses Szenario vom Dezember 2016 ist für die SPD seit Februar 2017 überholt. Durch die Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten wurde die jahrelange Blockierung des Zugangs der SPD zu ihrer Stammwählerschaft in der erwähnten breiten „Mittelschicht gut ausgebildeter Facharbeiter“ so schlagartig wieder rückgängig gemacht, als hätte es sie nie gegeben. Schulz, der erste sozialdemokratische Politiker, der nicht sichtbar mit dem Stigma des neoliberalen Wendehalses belastet war, hat diese Gruppen wieder angesprochen und damit den präzedenzlosen Sprung von wenig

mehr als 20% auf mehr als 30% ausgelöst. Dies zog einen radikalen Klimawechsel im politischen Feld insgesamt nach sich. Viele führen dies auf persönliche Eigenschaften oder das „Charisma“ von Martin Schulz zurück. Manche Medien sprechen spöttisch von einem Sankt-Martins-Kult. Tatsächlich hat Schulz diesen Wandel nur ausgelöst und symbolisiert. Die ihm zugeschriebene Eigenschaft als Wundertäter war eine Projektion. Das Phänomen Schulz ist der Ausdruck der sozialen Spannungen und Dynamiken zwischen den verschiedenen Akteursgruppen in der Gesellschaft und im politischen Machtfeld.

Das Raumbild der gesellschaftspolitischen Lager macht auch deutlich, wo die übrigen Stimmen für eine solche Politik und eine eventuelle rot-rot-grüne Mehrheit herkommen könnten: von den gut sechzig Prozent der an sozialem Ausgleich interessierten Lager. Mit etwas mehr als dreißig Prozent Zustimmung bis Ende Februar 2017 hat die SPD aber noch nicht genügend Potential mobilisiert. Zusammen mit den (durch den Schulz-Effekt leicht dezimierten) *Grünen* und *Linken* erreicht sie bisher noch nicht die stabilen Prozentsätze, die für eine rot-rot-grüne Koalitionsregierung nötig wären. Möglich bliebe nach wie vor die Fortsetzung der Großen Koalition.

Um hinreichend Zustimmung für Rot-Rot-Grün zu gewinnen, müsste die SPD von Martin Schulz auch das Lager der strukturell benachteiligten Arbeitnehmer ansprechen. Das tut sie aber bisher nicht überzeugend. Von Schulz und der SPD-Führung wird bisher nur die verlorene Stammwählerschaft, die „hart arbeitende“, fachqualifizierte, einigermaßen stabile und ‚respektable‘ Arbeitnehmermitte, angesprochen. Die soziale Schranke, durch die sich diese Mitte von den strukturbenachteiligten Arbeitnehmern trennt, ist noch nicht überwunden. Um deutlich mehr als 30% Zustimmung zu erreichen, müsste dies aber geschehen.

Wie sollte dies bewerkstelligt werden? Die SPD und Schulz müssten dafür der Furcht der Strukturbenachteiligten vor der Konkurrenz von Zuwanderern keineswegs entgegenkommen. Denn deren Vorbehalte gegen die Zuwanderer sind ja nicht mit einem aggressiven Sozialdarwinismus, sondern eher mit dessen Ablehnung verbunden. Es reichte, ihr Hauptinteresse, die Wiederherstellung ihrer sozialen Achtung und des schützenden Sozialstaats, ernst zu nehmen. Dies ginge aber nicht durch Gerechtigkeitsrhetorik allein. Die SPD hat bisher keine hinreichende Integrationspolitik für die strukturbenachteiligte Arbeitnehmer, die sie bisher, wie die Forschungen von Wilhelm Heitmeyer aufzeigen, regelrecht aufgegeben hatte, weil dies, angesichts des Nichtwählens, „keine Stimmen bringen“ würde. Der inzwischen eingetretene Fall, dass die Nichtwähler zur AfD überlaufen würden, ist nicht vorausgesehen worden.

Die SPD ist jetzt herausgefordert, eine Integrationspolitik für die strukturbenachteiligten sozialen Gruppen von den Kommunen und den Ländern aufwärts wirklich zu praktizieren. Dazu gehörten eine strukturwirksame *Beschäftigungspolitik*, eine erneuerte Politik zur *Humanisierung der Arbeit* (die die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ablöst) und eine Politik zur *Sanierung der maroden Infrastrukturen* in den Vierteln und Regionen, in denen die strukturbenachteiligten Menschen wohnen. Bei den Infrastrukturen geht es *ebenso* um die *Lebensqualität im Alltag* wie um die *Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Freizeit-, Sport- und Kulturpolitik* – also um die *für die Zukunft der Gesellschaft notwendigen Dienstleistungen*.

Mit dem politischen Klimawandel ist schlagartig sichtbar geworden, dass nicht nur die AfD, sondern die Gesamtheit der Parteien, einschließlich der SPD, in strategischen Sackgassen ohne einstweilen sichtbare Auswege steckt.

Überdeutlich wurde, dass die Stabilität der Unions-Wählerschaft nur auf dem historisch angesammelten Vertrauenskapital der Kanzlerin Angela Merkel beruht hatte. Sie

bildete die Fassade vor einer in Fraktionen zerfallenden CDU, die sie nun nicht mehr zusammenhalten kann. Damit offenbart sich die lange aufgebaute Krise der konservativen Hegemonie.

In der *Linkspartei* werden die kreativen Kräfte durch Vertreter und Vertreterinnen, die gebetsmühlenartig alte und neue Agit-Prop-Schlagworte wiederholen, in der öffentlichen Wirkung nicht selten noch in den Hintergrund gedrängt. Mobilisierungseffekte fehlen in vielen, aber nicht in allen Bundesländern.

Bei den *Grünen* hat der dominant gewordene rechte Flügel der *Grünen*, trunken von den Erfolgen der Zusammenarbeit mit ökologisch umbaubereiten Unternehmern und Politikern, ganz vergessen, dass er den jungen Wählerinnen und Wählern nicht eine stromlinienförmige Führung, die nicht aneckt, bieten muss, sondern das, was jeder Partei junge Menschen zutreibt: Partizipation von unten, Solidarität mit den Benachteiligten und keine Angst vor unbequemen Konflikten. Weil sie keine jungen Menschen mehr mobilisieren kann, ist sie zeitweilig auf 7% gefallen.

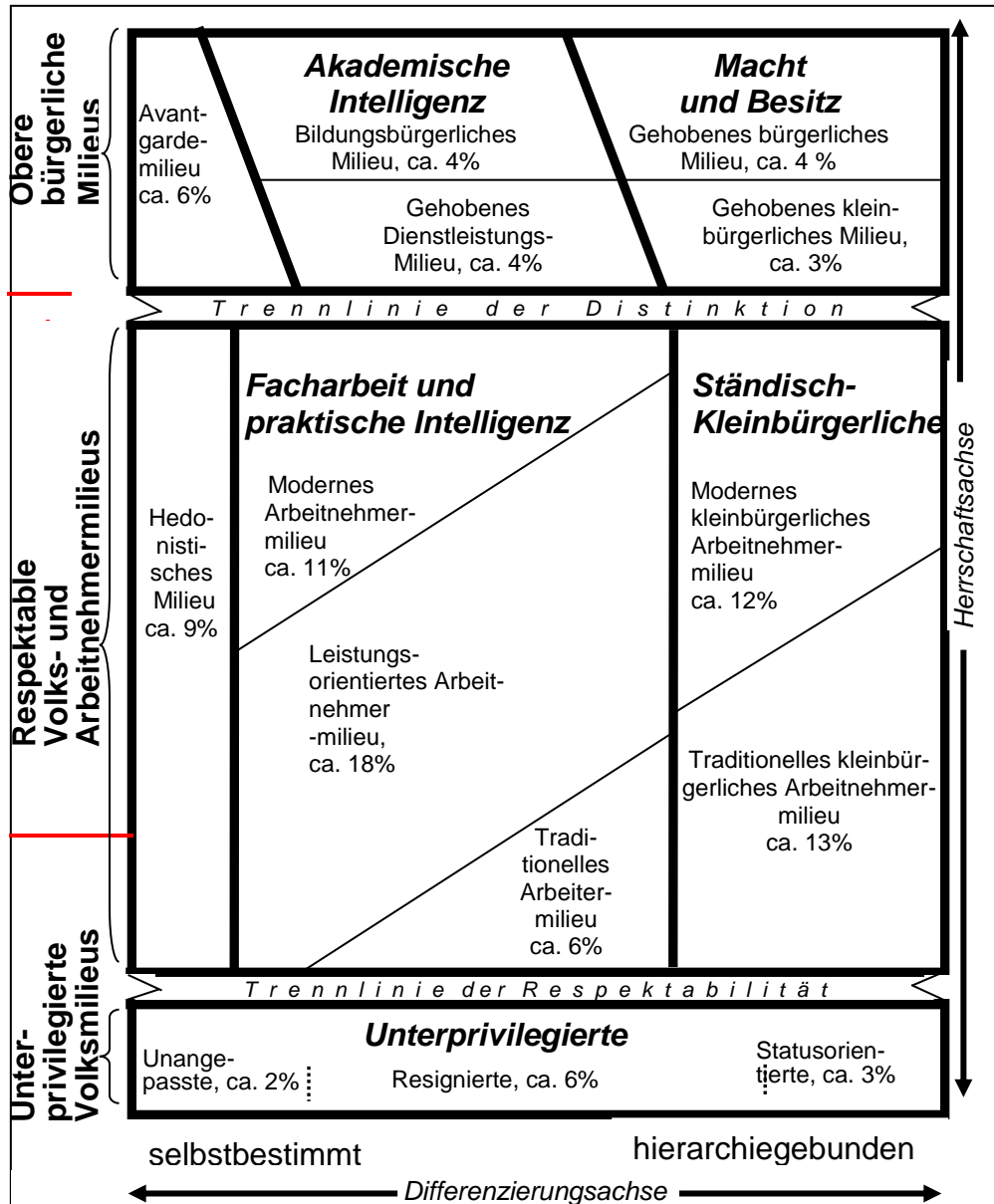
Die fehlende Attraktivität für junge Menschen ist ein Problem nicht nur der *Grünen*, sondern auch der SPD und der *Linkspartei*. Insbesondere in den progressiven Lagern der *Sozialintegrativen* und der *Radikaldemokraten* sind die Jüngeren in nicht geringer Zahl politisch und sozial interessiert und oft in Initiativen engagiert. Sie erwarten von den rot-rot-grünen Parteien allerdings nicht nur mehr materieller Umverteilung. Sie erwarten auch eine Politik von mehr sozialer Solidarität und demokratischer Partizipation. In den Parteien, Verbänden und gesellschaftlichen Institutionen werden diese Wünsche zu oft frustriert und die auf mehr Mitbestimmung und Gerechtigkeit zielenden Initiativen der Jugendsektionen zu oft blockiert oder einfach „ausgesessen“. Entsprechend fehlt eine mobilisierende Jugend- und Bildungspolitik, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch die großen Energien des Engagements und der Mitbestimmung praktisch zur Wirkung kommen lässt.

Allerdings kann die rechtspopulistische AfD von den strategischen Schwächen der anderen inzwischen nicht mehr automatisch profitieren. Sie ist, auf Bundesebene, unter 10% gefallen. Kann sie die nicht-rechtsextremen Lager noch ansprechen oder muss sie sich auf ihre Stammklientel im rechtsextremen Lager zurückziehen? (Möglicherweise haben Gauland, Poggenburg und Höcke das erkannt und versuchen, als gute Wahlkampfstrategen, dieses potentielle „Stammpotential“ zu binden, um wenigstens die Basis für dein Einzug in den Bundestag zu sichern.)

Alle Parteien sind zu neuen Lernprozessen herausgefordert. Es ist nicht sicher, auch nicht für die SPD, ob sie ihre Chancen durch einen Politikwechsel wirklich wahrnehmen können. Die Chance eines Politikwechsels kann auch in sich zusammenfallen wie eine Spekulationsblase der Immobilien- und Bankenbranchen.

Anhang I

Abb. 8 aus dem ersten Teil des Essays:
Die fünf Traditionslinien der sozialen Milieus der BRD



Statistische Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001); Neufassung der Milieubezeichnungen aufgrund der differenzierenden Neuauswertung der Erhebung (G. Wiebke, Das Gesamtbild: Zwanzig Datenprofile sozialer Milieus. In: W. Vögele/H. Bremer/M. Vester (Hg.), *Soziale Milieus und Kirche*. Würzburg: Ergon 2002, S. 275-409.); Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach: Sigma - Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen, Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de 22.9.2003).- Darstellung: M. Vester / D. Gardemin / A. Lange-Vester – 2015.

Anhang II – Faktorenanalysen

Die faktorenanalytische Auswertung der Fragebatterien zu den gesellschaftspolitischen Einstellungen diente heuristischen Zwecken. Mit ihr sollten die Grundorientierungen des gesellschaftspolitischen Verhaltens herausgearbeitet werden.

Mit der Faktorenanalyse wurden die korrelativen Beziehungen zwischen den Antworten auf 45 Statements zu den gesellschaftspolitischen Einstellungen untersucht. Die Statements konnten nach einer vierstufigen Likert-Skala (trifft ganz genau zu – trifft eher zu – trifft eher nicht zu – trifft überhaupt nicht zu) bewertet werden. Befragt worden war, gefördert von der Volkswagen-Stiftung, eine repräsentative Stichprobe von 2.699 Angehörigen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre im Juni 1991.¹³ Ziel der Faktorenanalyse war, die miteinander zusammenhängenden Variablen (Statements) auf komplexe Erklärungsvariable (Grundorientierungen) zurückzuführen, die gewissermaßen ‚hinter‘ den Meinungen zu den einzelnen Statements stehen. Die Analyse bündelt die in ihrer Aussage ähnlichen Statements zu je einem Faktor. Der Grad der Zuordnung eines Statements zu einem Faktor wird durch die sogenannten Faktorladungen quantifiziert. Ladungszahlen variieren in ihrer Größe zwischen den Werten + 1 und - 1. Das positive Vorzeichen drückt aus, dass ein bestimmtes Statement befürwortet wird. Das negative Vorzeichen drückt aus, dass ein Statement abgelehnt wird. Je höher ein Statement auf einem Faktor lädt, desto besser kann es den Faktor beschreiben.¹⁴

Die Faktoren mussten interpretiert werden, um ein begriffliches Konzept (d.h. einen „Faktornamen“) zu finden, das je nach Höhe der Faktorladung das Gemeinsame der Statements und ihrer Bewertung ausdrückt. Hierbei konnten wir uns auf unsere qualitativen Untersuchungsergebnisse beziehen.

Die gefundenen Faktoren drücken einzelne Dimensionen der Einstellungen aus, die *je nach Kontext eine andere Semantik* bekommen. Zum Beispiel fanden wir einen Faktor, der durch eine eher diffuse Angst vor ethnisch fremden Gruppen gekennzeichnet ist und den wir als „Insel-Syndrom“ bezeichnet haben (Faktor 1). Dieses „Insel-Syndrom“ kann nur im Kontext sozialdarwinistischer und chauvinistischer Einstellungen als fremdenfeindlich interpretiert werden. Im Kontext harmonisierender oder unkonventioneller Politikvorstellungen kann es dagegen mit Sympathie, Toleranz oder neutraler Distanz zu anderen Kulturgruppen verbunden sein.

Das Beispiel verdeutlicht, dass Faktoren nicht mit Typen verwechselt werden dürfen. Vielmehr stellt jeder Typus eine spezifische *Kombination* (ein „Syndrom“) der in den Faktorenanalysen gefundenen Dimensionen (oder „Zügen“) dar.

Im Folgenden werden die die zehn Faktoren mit ihren Namen und den ihnen zugeordneten bewerteten Statements vorgestellt

¹³ Nähere Angaben in: M. Vester u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Berlin: Suhrkamp 2015 [2001/1003], S. 222-244, 427-472, 546-557.

¹⁴ Als Faktorenmodell wurde die Hauptkomponentenanalyse mit orthogonaler Rotation festgelegt. Die Faktorenanalysen wurden mit der SPSS/PC+ Prozedur ‚factor‘ durchgeführt. In dieser Prozedur ist die wohl gebräuchlichste Extraktion der Faktoren nach der Hauptkomponentenmethode voreingestellt. Die orthogonale Rotation der Faktoren wurde nach der von SPSS/PC+ angebotenen ‚Varimax‘-Methode vorgenommen.

Dimensionen gesellschaftspolitischer Einstellungen
10 Faktoren (Varianzaufklärung 50,0%)

Faktor 1: „Insel-Syndrom“
 15,2% aufgeklärte Varianz¹⁵

| Statements | Faktor- ladung |
|---|-------------------|
| 45 Gerade wir Deutschen sollten politisch verfolgten Menschen Asyl gewähren | -.72 |
| 47 Ich finde es gut, wenn Angehörige vieler Nationen in einen Land zusammenleben | -.69 |
| 49 Die vielen Flüchtlinge aus allen Teilen der Welt entwickeln sich zu einer ernstesten Bedrohung für unser Land | .65 |
| 46 Bei uns in der Bundesrepublik werden Ausländer bevorzugt und Deutsche benachteiligt | .62 |
| 16 Die Ausländer, die bei uns in Deutschland leben, sollten das Wahlrecht bekommen | -.60 |
| 43 Um mit dem Ausländerproblem fertig zu werden, müssen unsere Behörden weit mehr Vollmachten als bisher erhalten | .51 |
| 42 Ich sehe nicht ein, dass wir unseren hart erarbeiteten Wohlstand mit anderen teilen sollen | .50 |

Faktor 2: „Sozialdarwinismus: Verteidigung der Leistungsideologie“
 8,1% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|--|-------------------|
| 38 Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld | .66 |
| 40 Wenn jemand genügend leistet, braucht er sich keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz zu machen | .62 |
| 39 Soziale Gerechtigkeit heißt für mich, dass jeder den Platz in der Gesellschaft erhält, den er aufgrund seiner Leistungen verdient | .57 |
| 48 Wir sind ein reiches Land, weil wir fleißiger und tüchtiger sind als andere | .48 |
| 52 Ein Politiker verdient grundsätzlich Vertrauen, weil er sich um das Wohl der Allgemeinheit kümmert | .47 |
| 44 Wir Deutsche haben einige gute Eigenschaften, die andere Völker nicht haben | .44 |
| 36 Von der Politik erwarte ich in erster Linie, dass sie den erreichten Lebensstandard sichert | .38 |
| 37 In der heutigen Zeit muss sich jeder alleine durchsetzen und sollte nicht auf die Hilfe anderer rechnen | .35 |

¹⁵Die aufgeklärte Varianz eines einzelnen Faktors drückt aus, wie bedeutsam der Faktor für die Erklärung der gefundenen Struktur des Merkmalsgefüges ist. Im Rechenmodell ist vorgegeben, dass derjenige Faktor als erster ausgewiesen wird, der den größten Teil der Gesamtstreuung aller Variablen erklärt, danach jeweils der Faktor, der den größten Teil der restlichen Streuung erklärt. Dass bei den gesellschaftspolitischen Wahrnehmungsformen gerade dieser Faktor an erster Stelle steht, deutet auf die aktuelle Brisanz der Themen Asyl, soziale Sicherheit und nationale Identität hin.

Faktor 3: „Politische Enttäuschung“
5,5% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|--|-------------------|
| 29 Politiker können versprechen, was sie wollen, ich glaube ihnen nicht mehr | .77 |
| 28 Moralische Grundsätze gelten heute in der Politik nichts mehr | .70 |
| 27 Es ist egal, welche Partei man wählt, ändern wird sich doch nichts | .69 |
| 26 In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt | .60 |
| 30 Ich fürchte, dass ich meinen heutigen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht aufrechterhalten kann | .37 |

Faktor 4: "Politik als Sachautorität"
4,2% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|--|-------------------|
| 51 Politische Parteien sollten sich als Dienstleister für den Bürger verstehen | .66 |
| 54 Politische Probleme sind durch kühlen Sachverstand zu lösen | .61 |
| 50 Ich meine, Politik sollte von Profis gemacht werden | .57 |

Faktor 5: „Traditionelle Arbeitnehmerorientierung“
3,6% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|---|-------------------|
| 15 Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz muss sehr viel größer werden | .66 |
| 19 Das Profitdenken der Unternehmer steht einer Lösung des Arbeitslosenproblems im Wege | .62 |
| 22 Wenn es in einem Betrieb zu größeren Entlassungen kommt, sollten sich die Arbeitnehmer dagegen wehren, notfalls auch mit Streiks | .55 |
| 21 Die Gewerkschaften mit ihren überzogenen Forderungen behindern den wirtschaftlichen Aufschwung | -.55 |
| 20 Es ist die Aufgabe des Staates, die sozial Schwachen unbedingt abzusichern | .48 |

Faktor 6: „Chauvinismus“
3,4% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|---|-------------------|
| 17 Ich meine: Politik ist Männersache | .79 |
| 18 Frauen sind genauso wie Männer geeignet, führende Positionen in der Gesellschaft einzunehmen | -.72 |
| 23 Ich meine: Die Politiker sollen regieren und den Bürger in Ruhe lassen | .42 |
| 44 Wir Deutsche haben einige gute Eigenschaften, die andere Völker nicht haben | .36 |

Faktor 7: „Harmoniestreben/Konfliktabwehr“
2,9% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|---|-------------------|
| 32 Früher lebten die Menschen glücklicher, weil es noch nicht so viele Probleme gab | .65 |
| 33 Es ist Aufgabe der Politik, den Bürgern ein Gefühl der Geborgenheit zu geben | .63 |
| 34 Anstatt sich dauernd zu bekämpfen, sollten die Politiker lieber an einem Strang ziehen | .50 |
| 31 Ich meine, dass die Politiker viele Probleme unnötig verkomplizieren | .50 |
| 35 Zu einem vertrauenswürdigen Politiker gehört für mich ein seriöses Auftreten | .33 |

Faktor 8: „Politische Teilhabe: Selbsttätigkeit [Do-it-yourself]“
2,6% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|---|-------------------|
| 12 Ich finde es gut, wenn Leute für ihre politischen Ziele auf die Straße gehen | .69 |
| 11 Wenn man heute als Bürger politisch etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen | .59 |
| 13 Ich glaube, dass es in einer Bürgerinitiative menschlicher zugeht als sonst in der Politik | .57 |
| 14 Politiker, die immer höflich und beherrscht sind, kann ich nicht leiden | .44 |

Faktor 9: „Politisches Desinteresse“
Varianz 2,3%

| Statements | Faktor- ladung |
|--|-------------------|
| 24 Für mich gibt es wichtigere Dinge zu tun, als mich um Politik zu kümmern | .71 |
| 25 Ich fühle mich ganz einfach überfordert, in der großen Politik mitreden zu können | .68 |
| 23 Ich meine: Die Politiker sollen regieren und den Bürger in Ruhe lassen | .45 |

Faktor 10: „Zynische Distanz zur Politik“
2,3% Varianz

| Statements | Faktor- ladung |
|--|-------------------|
| 53 Wirklich fähige Leute gehen nicht in die Politik, weil man dort nicht genug verdient | .58 |
| 30 Ich fürchte, dass ich meinen heutigen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht aufrechterhalten kann | .49 |
| 14 Politiker, die immer höflich und beherrscht sind, kann ich nicht leiden | .36 |

Literatur

- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*, New York/Evanston/London.
- Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M.
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004 [1989, 1999]): *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard*, Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- (1983): *Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital*. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- u.a. (1997 [1993]): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: UVK.
- , Passeron, Jean-Claude (2007 [1964]): *Die Erben. Studenten, Bildung und Kultur*, Konstanz: UVK.
- Decker, Oliver/ Kless, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): *Dier enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Eribon, Didier (2016 [2009]): *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp.
- Geiger, Theodor (1949): *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln / Hagen Kiepenheuer.
- (1932): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart: Enke.
- Geiling, Heiko/Vester, Michael (2007): *Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit*, in: Bretschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weißels, Bernhard (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS.
- Geißler, Rainer (2014a): *Die Sozialstruktur Deutschlands*, 7. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- (2014b): *Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung Nr. 324/2014*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerliche Gesellschaft*, Neuwied: Luchterhand.
- Lepsius, Mario Rainer (1993 [1966]): *Parteiensystem und Sozialstruktur*. In: Lepsius, M. R.: *Demokratie in Deutschland*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 25–50
- van der Linden, Marcel (2008): *Workers of the World. Essay toward a Global Labor History*, Leiden/Boston: Brill.
- , Roth, Karl-Heinz (Hrsg.) (2011/2009): *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Assoziation A, Berlin / Hamburg Mallet, S. (1963 / 1972): *Die neue Arbeiterklasse*, Neuwied / Berlin: Luchterhand.
- Marx, Karl (1960 [1852]): *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 8, S. 111-207.
- Mooser, Joseph (1984): *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970*, Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Neugebauer, Gero (2007): *Politische Milieus in Deutschland*. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz.
- Rudzio, Wolfgang (2015): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. 9. Aufl., Wiesbaden Springer VS.
- Vester, Michael (2015): *Der deutsche Pfad: Schief lagen eines Erfolgsmodells*. In: Graf, Angela/ Möller, Christina (Hrsg.): *Bildung – Macht – Eliten. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit*, Frankfurt / M. / New York: Campus, S. 231-265.
- , Hofmann, Michael, Zierke, Irene (Hrsg.) (1995): *Soziale Milieus in Ostdeutschland*, Köln: Bund.
- , von Oertzen, Peter/ Geiling, Heiko/ Hermann, Thomas/ Müller, Dagmar (2015 [1993]): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Weber, Max (1972 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr.
- Williams, Joan C. (2016): *What so Many People Don't get About the U.S. Working Class*, in: *Harvard Business Review*, 10.11.2016 (deutsch: *Trumps Amerika: Lehren für die Linke*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Januar 2017, S. 41-47).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, hg. f.d. Friedrich-Ebert-Stiftung v. Ralf Melzer, Bonn: Dietz.